



akzente

BERUFLICHE BILDUNG IN BAYERN

Unsere Themen

- Unverständliche Hürden des Freistaats bei der Verteilung von Bundesmitteln für die Berufsschulen
- Voraussetzungen für die Schaffung von Kompetenzzentren
- Wildwestmethoden bei der Abwerbung von Lehrkräften
- Wo bleibt der Lehrernachwuchs für die beruflichen Schulen?
- Burn-out bei Lehrern
- Lernfelder in der Bautechnik
- Interkulturelles Projekt: Kreatives Schreiben mit dem PEN-Präsidenten
- Erlebnispädagogik für Berufsschüler
- Aktuelles zum Dienstrecht



*„Alles hat seine Zeit –
alles braucht seine Zeit“*

HERAUSGEBER

Verband der Lehrer an
beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)
VLB Verlag e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: (089) 59 52 70
Telefax: (089) 5 50 44 43
Internet: <http://www.vlb-bayern.de>
e-mail: VLBBayern@aol.com

REDAKTION

Peter Thiel
Am Happach 40, 97218 Gerbrunn
Telefon: (0931) 70 76 91
Telefax: (0931) 70 76 91 und 7 95 31 13
e-mail: p.thiel@freenet.de

Martin Ruf
Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg
Telefon/Telefax: (0931) 66 14 15
e-mail: mruf97@aol.com

ANZEIGENVERWALTUNG

Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: (089) 59 52 70
Telefax: (089) 5 50 44 43

GESTALTUNG

p. m. e. GmbH
Nonnengarten 8, 97270 Kist bei Würzburg
Telefon: (093 06) 90 61-0
Telefax: (093 06) 90 61 61

DRUCK

Helmut Preußler-Verlag
Dagmarstraße 8, 90482 Nürnberg
Telefon: (09 11) 9 54 78-0
Telefax: (09 11) 5 42 48 6

ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS

„VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich
Jahresabonnement 50,- DM
zuzüglich Versandkosten

KÜNDIGUNG

Die Kündigung kann bis drei Monate vor
Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

COPYRIGHT

Die veröffentlichten Beiträge sind
urheberrechtlich geschützt.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
Genehmigung der Redaktion.

MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE

Manuskripte gelten erst nach Bestätigung
durch die Redaktion als angenommen.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte
übernehmen wir keine Haftung.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
decken sich nicht unbedingt mit der
Meinung der Redaktion.

„VLB akzente“ wird laufend im Dokumen-
tationsdienst der Ständigen Konferenz der
Kultusminister der Länder, im Dokumen-
tationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK
und im Dokumentationsring DOPAED
bibliographisch nachgewiesen.

REDAKTIONSSCHLUSS

für Heft 04/01: 12. 03. 01
für Heft 06/01: 07. 05. 01
für Heft 07/01: 18. 06. 01

ISSN 0942 – 6930

ZHALT:

THEMA DES TAGES

- 3 Peter Thiel: „Eine völlig unausgegorene Sache“

BILDUNGSPOLITIK

- 4 Alexander Liebel: Strukturelle Voraussetzungen für berufliche
Schulen als Kompetenzzentren für Aus- und Weiterbildung
5 Peter Thiel: Schöne Grüße aus Wildwest
6 Andreas Schelten/Michael Vögele: Wo bleibt der Lehrernachwuchs?
7 Das Thema „Lehrernachwuchs“ in der Tagespresse

LEHRERSEITE

- 8 Hans Huber: Alles hat seine Zeit – alles braucht seine Zeit
10 Kurt Kusenberg: Schnell gelebt – eine Kurzgeschichte
11 Toni Benz: Das Burn-out-Syndrom beim Lehrer

PERSONALVERTRETUNG

- 13 Ingrid Heckner: Offenes Versetzungs- und Einstellungsverfahren

PÄDAGOGIK UND UNTERRICHT

- 14 Dr. Klaus Hermann: Lernfelder in der Bautechnik
15 Dr. Siegfried Hummelsberger:
Kreatives Schreiben mit PEN-Präsident Said
18 Robert Seitz: Erlebnispädagogik mit Berufsschülern

AUS DEM VERBANDSLEBEN

- 20 **Landesverband:** Peter Thiel: Die Ehemaligen lassen grüßen
22 **Bezirks- und Kreisverbände:** BV Unterfranken; KV Nürnberg
23 **Referate und Fachgruppen:** FG Bautechnik
23 **Referendare:** M. Bäumler, B. Kleierl, W. Schwab: Medienkompetenz
bei Referendaren
25 **Senioren:** Seniorenreise in die Bretagne
Personalien:
25 Thomas Sachsenröder: Neuer Leiter der ALP in Dillingen

UMSCHAU

- 27 **Landtag und Senat**
28 **Termine**
Dienstrecht:
29 Manfred Greubel: Besoldungsanpassung 2000 – Fehlanzeige;
Versorgungsabschlag bei Dienstunfähigkeit und Schwerbehinderung;
Rechtssprechung zum Beamtenrecht
33 **Bücher/Medien:** Neues vom Büchermarkt
33 **Nachrichtliches**

Titelfoto: Anzeige des Uhrenherstellers BASEL aus dem Schweizer Uhrenjournal

Unverständliche Hürden des Freistaats bei Verteilung der ZIBS-Mittel:

"Eine völlig unausgegorene Sache"

PETER THIEL

Die Bundesregierung hat im Rahmen der Verteilung ihrer UMTS-Zinserlöse im Bildungsbereich beschlossen, die beruflichen Schulen damit zu bedenken. In den kommenden zwei Jahren werden den Ländern seitens des Bundesministeriums für Bildung und Forschung im Rahmen eines „Zukunftsinvestitionsprogramms für berufliche Schulen (ZIBS)“ insgesamt 225 Millionen DM als Finanzhilfe für die Ausstattung der Berufsschulen mit modernen Technologien und Medien sowie für deren informations- und kommunikationstechnische Vernetzung zur Verfügung gestellt.

Auf Bayern entfallen dabei runde 36 Millionen DM. Die Mittel werden von den Ländern in eigener Verantwortung und nach eigenen Richtlinien vergeben. Es komme jetzt darauf an, lässt das Bundesministerium für Bildung und Forschung wissen, dass die zur Verfügung gestellten Gelder auch dort ankommen, wo unmittelbar Bedarf besteht, nämlich an den beruflichen Schulen.

Dies eben muss im Falle Bayern bezweifelt werden. Angesichts des von der bayerischen Staatsregierung vorgesehenen Vergabemodus ist Skepsis mehr als berechtigt. München nämlich will die Mittel nicht direkt an die Schulen weitergeben. Die Staatsregierung definiert den nach Schülerzahlen festgelegten Betrag als einen „40 %-igen Zuschuss aus Bundesmitteln“ und verlangt von den Schulaufwandsträgern bei staatlichen bzw. von den Schulträgern bei nichtstaatlichen Schulen eine Finanzierungsbeteiligung von weiteren 60 %. Und der Freistaat selbst? Er bleibt außen vor, will sich mit keiner müden Mark an der Sache beteiligen. „Nicht gerade die feine Art, anderen in die Tasche zu greifen“, kommentiert VLB-Landes-

vorsitzender Hermann Sauerwein das Vorhaben der Staatsregierung.

Damit stehen gerade diejenigen Schulen, die die Hilfe am bittersten nötig haben, vor einer schier unüberwindlichen Hürde. Sie kommen an die Mittel nicht heran, weil die Kassen ihrer Aufwandsträger leer sind und sie die geforderte 60%ige Restfinanzierung nicht schaffen. Dies ist umso ungerechter, weil sich etliche dieser Schul- und Schulaufwandsträger in der Vergangenheit für ihre beruflichen Schulen bis an die Grenzen der finanziellen Belastbarkeit aus dem Fenster gelehnt haben.

„Dass gerade sie jetzt das Nachsehen haben sollen, kann doch nicht im Sinne des Erfinders sein“, sagt VLB-Chef Sauerwein. „Eine völlig unausgegorene Sache, die man so nicht hinnehmen kann“.


Den Rahm abschöpfen würden die wohlhabenden Kommunen und Landkreise, weil ihnen die finanzielle Beteiligung keine Probleme bereitet. Sie aber haben ihre beruflichen Schulen ohnehin schon hervorragend in Schuss und auf dem neuesten Stand der Technik. „Die regionale Symmetrie gerät in beträchtliche Schiefelage, wenn die Staatsregierung wie vorgesehen verfährt“, befürchtet Sauerwein.

Auch die Spitzenverbände der Bayerischen Städte, Gemeinden und Landkreise haben sich in dieser Angelegenheit bereits zu Wort gemeldet. In einem Schreiben an Ministerpräsident Stoiber kritisieren sie, dass das gegenwärtige finanzielle Engagement des Freistaats bei der Ausstattung der Schulen mit moderner Informations- und Kommunikationstechnologie dem Anspruch eines High-Tech-Standortes nicht gerecht werde und monieren nachdrücklich, dass sich der Freistaat aus dem ZIBS-Programm des Bundes

finanziell ausklinkt. „Nicht akzeptabel, eine solche Haltung“, schreiben sie. Schon bisher reiche die staatliche Unterstützung bei der Ausstattung der Schulen mit PCs bei weitem nicht aus. Derzeit gebe der Freistaat für alle bayerischen Schulen auf drei Jahre verteilt 48 Millionen Mark aus. Den Kommunen aber mutet er zu, dass sie Milliardenbeträge für die Kommunikationsmedien aus eigener Kraft aufbringen.

Wie der VLB ziehen die Spitzenverbände im Hinblick auf die Förderung der beruflichen Schulen durch das ZIBS-Programm die Folgerung: „Ohne eine finanzielle Beteiligung des Freistaates wird es vielen Kommunen gar nicht möglich sein, die Mittel des Bundes in Anspruch zu nehmen“.

Warum die bayerische Staatsregierung bei der Förderung der beruflichen Schulen eine solche Hürde einbaut, bleibt völlig unverständlich. Wir können im Sinne einer gerechten Verteilung der Mittel nur noch einmal mit Nachdruck resümieren: Entweder der Freistaat beteiligt sich an der Maßnahme und übernimmt die von ihm geforderten 60 % zumindest für die finanzschwachen Kommunen und Landkreise oder er verzichtet ganz auf die 40 %-Hürde und gibt die Bundesmittel direkt an die beruflichen Schulen im Lande weiter, wie dies in den anderen Bundesländern praktiziert wird.

Alles andere wäre eine eklatante regional bedingte Ungleichbehandlung junger Menschen in der Berufsausbildung, deren Bedeutung die bayerische Staatsregierung doch sonst immer so öffentlichkeitswirksam betont. 

Strukturelle Voraussetzungen für berufliche Schulen als Kompetenzzentren für Aus- und Weiterbildung



ALEXANDER LIEBEL

„Die Bildung von Kompetenzzentren ist eine elegante Umschreibung für Einsparmaßnahmen“. Und andererseits: „Kompetenzzentren sind eine große Chance für berufliche Schulen“. Zwischen diesen beiden Meinungen bewegt sich zur Zeit die Diskussion in unseren Schulen.

Quantität ist nicht gleich Kompetenz

Die Gleichung Quantität = Kompetenz geht nicht auf. Das bedeutet: Kompetenzzentren unter primär quantitativen Gesichtspunkten zu bilden, wäre ein grober Fehler.

Schülerzahlen zu addieren und die zahlenmäßige Entwicklung der letzten drei Jahre fortzuschreiben, ist nicht der richtige Ansatz, um Kompetenzzentren zu bilden.

Zeitdruck ist ein schlechter Ratgeber

Ein zusätzlicher grober Fehler wäre es, Kompetenzzentren innerhalb kurzer Zeit auf dem Reißbrett zu planen und auch umsetzen zu wollen. Man würde dabei völlig außer Acht lassen, dass unser berufliches Schulwesen über viele Jahre hinweg gewachsen und Ausdruck eines Entwicklungsprozesses ist.

Manchmal entsteht das Gefühl, Regierungen wollen „die Sache möglichst schnell durchziehen“. Dies ist sicherlich der falsche Weg, weil es somit unmöglich wird, die Betroffe-

nen von den Vorteilen der Kompetenzzentren zu überzeugen. Der Versuch, den beteiligten Personen neue Strukturen überzustülpen, hat bereits in der Wirtschaft Schiffbruch erlitten. Die Vielzahl der gescheiterten Fusionen muss jedem eine Warnung sein.

Konzepte gemeinsam entwickeln

Nach unserem Verständnis ist ein berufliches Kompetenzzentrum integraler Bestandteil eines regionalen Bildungsnetzwerkes.

Wenn dem so ist, dann müssen auch die wirtschaftlich und gesellschaftlich relevanten Gruppen einer Region gemeinsam ein Konzept für ihr Kompetenzzentrum entwickeln. Die Schulen, die Kammern als Vertreter der Wirtschaft, ebenso wie die Gewerkschaften und die Politik müssen sich gemeinsam auf ein Konzept für ihre Region einigen. Die Rolle der Regierungen kann nicht darin bestehen, einsame Entscheidungen zu fällen. Sie müssen vielmehr Moderatoren sein und die unterschiedlichen Interessen bündeln.

Dies ist gewiss ein steiniger Weg, aber der einzig erfolgversprechende. Wem nützt eine – nach quantitativen Gesichtspunkten ausgewogene – Entscheidung, die nicht von allen mitgetragen wird? Dynamische und gestaltungswillige Landräte, Stadträte und Landtagsabgeordnete haben sich bereits unüberhörbar zu Wort gemeldet. Bad Windsheim war dafür ein gutes Beispiel. Die Politiker/innen haben dort ihre Positionen unzweideutig formuliert. Wenn man bedenkt, dass dies erst der Anfang war, wird deutlich, wie notwendig es ist, von Beginn an den Konsens zu finden.

Die Eigenverantwortung unserer Schulen stärken

Die Kolleginnen und Kollegen werden es sein, die die neuen Strukturen mit Leben füllen, diejenigen also die „an der Front stehen“ und das

umsetzen müssen, was vereinbart wurde.

Es ist deshalb unerlässlich, sie von Anfang an in den Entscheidungsprozess einzubeziehen. Die Schulen müssen von dem Konzept überzeugt sein, es muss für sie eine positive Entwicklung erkennbar sein. Neues ist nicht von Haus aus etwas Gutes.

Die Rede von Kultusministerin Monika Hohlmeier in Bad Windsheim wurde genau aus diesem Grunde positiv aufgenommen. Die Ministerin will weg von einer kleinlichen Erbsenzählerei, hin zu einer erhöhten Eigenverantwortung der Schulen.

Hierfür gibt es bereits positive Ansätze, wie zum Beispiel das neue Einstellungsverfahren, das sich bewährt hat. Auf diesem Weg muss fortgeschritten werden.

Verbesserungswürdig sind sicher die starren Vorschriften bei der Klassenbildung. Will eine Schule flexibel reagieren können, muss auch hier eine Budgetierung kommen.

Die „Freigabe“ der Gestaltung des Wahlunterrichtes wird sich auf die Profilbildung der Schulen belebend und förderlich auswirken. Ein konsequenter Schritt wäre es, die Stundentafeln ebenfalls zu flexibilisieren.

Beteiligen Sie sich!

Der VLB als Interessenvertreter der Lehrkräfte an beruflichen Schulen ist darauf angewiesen, dass sich die Kolleginnen und Kollegen engagiert in den Diskussionsprozess einmischen.

Teilen Sie uns Ihre Meinung mit! Wo sehen Sie Risiken, wo sehen Sie Chancen? Informieren Sie den Hauptvorstand über die aktuelle Entwicklung vor Ort. Wo läuft es erfolgversprechend, wo geht die Entwicklung in die falsche Richtung?

Sie erreichen uns jederzeit unter folgenden E-Mail-Adressen:

VLBBayern@aol.com
a.liebel@t-online.de

Bildungsföderalismus auf dem Prüfstand:

Schöne Grüße aus Wildwest

Es ist noch gar nicht so lange her, da winkte ein bayerischer Kultusminister beim Thema Lehrerstudium mit sorgenvoller Miene ab. „Im Bereich der akademischen Bildung“, so erklärte er zu Beginn des Schuljahres 96/97 vor der Presse, „werden die Warnrufe immer lauter. Zu viele Ärzte, zu viele Juristen, zu viele Ingenieure, zu viele Lehrer.“ Denjenigen, die sich für den Lehrerberuf interessierten, empfahl er: „Wer künftig ein Pädagogikstudium aufnimmt, sollte dies ausschließlich tun, weil er gern mit Kindern und Jugendlichen umgeht“. Nach Werbung für den Lehrerberuf klang dies alles jedenfalls nicht.

Die ministerialen Kassandrarufer betrafen nahezu alle Lehrämter. Auch Interessenten für das Lehramt an beruflichen Schulen mußten sich davon angesprochen fühlen und viele unter ihnen zogen die Konsequenzen, ließen die Finger davon. Sie würden nunmehr bald ins Referendariat gehen.

Die Sorge um den Lehrernachwuchs ist bundesweit. Die derzeit von einigen Ländern inszenierte Tragikomödie mit dem Titel „Lehrerabwerbung“ legt die Vermutung nahe, dass man es auf der ganzen Linie mit der Personalplanung nicht so genau genommen hat. Die Kunst der Politik besteht u. a. darin, Entscheidungen zum richtigen Zeitpunkt zu treffen. Man kann speziell in der Bildungspolitik eben nicht von der Hand in den Mund leben.

Begonnen mit der Abwerberei hatte Hessen. Wegen einer stärkeren Pensionierungswelle bei den Lehrern gab es dort bereits zu Beginn dieses Schuljahres Schwierigkeiten, alle freien Stellen zu besetzen. Dienstunfähige konnten letztmalig ohne Abschlag in den Ruhestand gehen, was entsprechende Folgen nach sich zog. Gleichzeitig versprach die Landesregierung volle Unterrichtsversorgung, stand also bei den Wählern im Wort. Man suchte nach einer Lösung und fand sie dort, wo auch der Lehrer

nur Mensch ist: beim lieben Geld. Rund 1000 Lehrer sollen sich laut dpa-Kulturdienst aus den neuen Bundesländern bereits abgesetzt haben.

„Unverantwortlich, dass Hessen versucht, die ostdeutschen Lehrer mit den höheren West-Gehältern zu ködern“, kritisierte Willi Lemke, KMK-Präsident im letzten Jahr. Er befürchtet Schaden für den Bildungsföderalismus. „Wenn dadurch Klassen während des Schuljahres ihre Lehrer verlieren, kann das ganze Regionen in Unruhe versetzen“, sagte er.

Auch bei der hessischen Opposition hagelte es Kritik. Man habe die Zahl der Frühpensionierungen dramatisch unterschätzt, hieß es, und versuche nun, die Folgen der Fehlplanung auf dem Rücken anderer Bundesländer auszutragen. Kultusministerin Wolf indes ging mutig in die Offensive. „Ein voller Erfolg, unsere Werbeaktion“, erklärte sie. „Bis Mitte Dezember haben sich mehr als 1500 Interessenten an unsere Lehrer-Hotline gewandt“. Im übrigen sei die Zeit mittelalterlicher Schollenbildung auch bei der Lehrereinstellung vorbei. Dass andere Bundesländer ihre Lehrer schlechter bezahlen als in der Bundesbesoldungsordnung vorgesehen, habe nicht sie zu verantworten.

Inzwischen ging der Annoncen-Streit in eine zweite Runde: Nordrhein-Westfalen inserierte in der „Frankfurter Allgemeinen“, dass es zum 1. Februar 2200 Lehrer einstelle. Bildungsministerin Behler hatte Hessen zuvor Wildwest-Methoden vorgeworfen. „Eine Reaktion auf das hessische Vorgehen“, ließ das Düsseldorf-Schulministerium wissen, „weil wir nicht tatenlos zusehen können, wie das Nachbarland bei uns ausgebildete Lehrer abzieht“. Auch Rheinland-Pfalz fischt inzwischen in fremden Gewässern, was zu Unmut im Saarland führte.

Das Thema „Lehrerabwerbung“ werde die KMK in diesem Jahr besonders beschäftigen, erklärte deren

Pressesprecher Pott. Man müsse zu einem geregelten Verfahren kommen. Bereits im Dezember habe eine „Fünfzehn-Bundesländer-Vereinbarung“ zum Verbot der Lehrer-Abwerbung während des Schuljahres auf dem Tisch gelegen, die von Hessen als einzigem Bundesland jedoch nicht akzeptiert wurde.

Die Abwerberei löst das Problem des Lehrermangels nicht. An den beruflichen Schulen ist er bekanntlich noch beängstigender als bei den allgemeinbildenden. Der Deutsche Beamtenbund rechnet damit, dass das geplante Besoldungsstrukturgesetz weitere negative Auswirkungen auf den Lehrermarkt – vor allem in den neuen Bundesländern – haben wird und begründet dies mit der im Gesetzentwurf vorgesehenen Spreizung bei der Besoldung der Eingangsstufen sowie der Möglichkeit unterschiedlicher Bezahlung je nach Bundesland und Kassenlage.

Bei aller Würdigung des Kulturföderalismus, der gegenwärtige „Länderkrieg“ zeigt bedenkliche Züge. Im Hinblick auf kommende Wahlen wird kurzatmig und nach dem St. Floriansprinzip auf dem Rücken junger Menschen eine Politik betrieben, die an Hemdsärmeligkeit kaum zu überbieten ist. Egoismus und Rücksichtslosigkeit aber sind dem Gemeinwesen alles andere als dienlich. Mag sein, dass manche dies noch nicht begriffen haben; bedauerlich ist es jedoch, wenn die Bildungspolitiker dazu gehören.

Ex-KMK-Präsident Lemke indes scheint den Stein der Weisen gefunden zu haben. „Wir brauchen in den kommenden Jahren viele neue Lehrer und zwar in nahezu allen Fächern“, appelliert er an die Abiturienten. Jedem, der Neigung zu diesem Beruf habe und gern mit jungen Menschen arbeite, könne er nur zum Lehrerstudium raten. Bleiben noch zwei Fragen: Erstens, war das Debakel nicht schon abzusehen, als der bayerische Kultusminister vor dem Lehrerstudium warnte? Und zweitens, wie kann man den Lehrernachwuchs für die beruflichen Schulen insbesondere unter dem starken Angebotsdruck der Wirtschaft ins Boot holen?

Peter Thiel

Auf der Suche nach der nächsten Generation:

Wo bleibt der Lehrernachwuchs?

ANDREAS SCHELTEN

MICHAEL VÖGELE

An beruflichen Schulen ist in den nächsten Jahren mit einem erheblichen Mangel an jungen Lehrerinnen und Lehrern zu rechnen. Dies betrifft insbesondere die Fachrichtungen Metalltechnik und Elektro- und Informationstechnik.

Der sich abzeichnende Lehrermangel ist zum einen durch neu geschaffene Berufe (z. B. Verdreifachung der bundesweiten Ausbildungsverhältnisse in den Berufen der Informations- und Telekommunikationstechnik von 1997 bis 1999), zum anderen aber durch anstehende Pensionierungen begründet. Zum anderen ist in den letzten Jahren die Anzahl der Studienanfänger für das Lehramt an beruflichen Schulen in diesen Fachrichtungen an allen Universitäten der Bundesrepublik erheblich zurückgegangen. Die Gründe hierfür sind vielfältig, wie beispielsweise gute Karrierechancen in den Diplom-Studiengängen in der freien Wirtschaft, Absenkung der Referendarsbezüge.

Der Lehrstuhl Pädagogik der Technischen Universität München will in enger Kooperation mit dem Hochschulreferat für Lehrerbildung der Technischen Universität München, dem VLB und der Fachschaft „Lehramt an beruflichen Schulen“ mithelfen, den Lehrerberuf an beruflichen Schulen langfristig zu sichern. So werden beispielsweise Schülerinnen und Schüler beruflicher Schulen durch unsere Studierenden informiert, Schnuppertage an der Universität für interessierte Schüler organisiert oder Schulleitungen und Lehrerkollegien mit Informationsmaterial über den Lehrerberuf versorgt.

Wie bereits in VLB-akzente Heft 10/2000 von Heiko Pohlmann unter dem Titel „Neue Lehrer braucht das

Land“ angesprochen, können die Lehrerinnen und Lehrer an den beruflichen Schulen bei der Lösung des Lehrermangels mithelfen. Eine Befragung unserer Lehramtsstudierenden am Lehrstuhl für Pädagogik ergab, dass viele von ihnen durch engagierte Lehrerinnen und Lehrer für diese Studienwahl motiviert wurden. Dabei zeigte sich, dass diese Informationen in gleichem Maße an der Berufsschule und an der Berufsoberschule auf fruchtbaren Boden fielen. Besonders die Lehrkräfte in den Fachrichtungen Elektro- und Informationstechnik sowie Metalltechnik können durch gezieltes Ansprechen geeigneter Schüler mithelfen, langfristig „ihren“ Lehrernachwuchs zu sichern, da gerade in einigen Klassen dieser Fachrichtungen (z. B. Mechatroniker) der Anteil an Auszubildenden mit Abitur besonders hoch ist.

Das Ziel der angesprochenen Maßnahmen ist es, langfristig eine ausreichende Lehrerversorgung in diesen Fachrichtungen zu sichern. Voraussetzung für ein Gelingen ist aber,

dass die Rahmenbedingungen (Erhöhung der Referendarsbesoldung, Image des Lehrerberufs, usw.) verbessert werden. Das Ziel muss aber auch sein, durch eine kontinuierliche, langfristig angelegte Nachwuchsarbeit immer wiederkehrende kurzfristige Maßnahmen (sog. Sondermaßnahmen) überflüssig zu machen.

Durch die Möglichkeit, mit einem Ergänzungsstudium sich zur Diplom-Berufspädagogin bzw. zum Diplom-Berufspädagogen zu qualifizieren, ergeben sich neben den Bildungsaufgaben an der Schule weitere interessante Betätigungsfelder in den Betrieben. Damit können die Absolventen eines Lehramtsstudiengangs an beruflichen Schulen auf möglicherweise langfristig wieder enger werdende Stellensituationen in öffentlichen Schulen flexibler reagieren. Eher dürfte es zukünftig darum gehen, dass sich der Arbeitsplatz Schule mit dem Konkurrenten Betrieb um die Diplom-Berufspädagoginnen bzw. Diplom-Berufspädagogen bewirbt.



Berufsschüler mit Abitur erkennen ihre Chancen. Die Faltblätter der Technischen Universität München enthalten alle wesentlichen Informationen.

Die Technische Universität München hat zwei Falblätter aufgelegt, die dieser Ausgabe von „VLB akzente“ beiliegen. Sie informieren über den Studiengang Lehramt an beruflichen Schulen in der Fachrichtung Metalltechnik und in der neu strukturierten Elektro- und Informationstechnik. Weitere Falblätter oder weiteres Informationsmaterial können angefordert werden unter:

Hochschulreferat Lehrerbildung
der TU München, Lothstraße 17
80335 München
Telefon: 089-289-24300
E-Mail: HR-LB@zv.tum.de
<http://www.pa-lb.ws.tum.de/>

Börse für reformpädagogische Unterrichtsmaterialien

Für die beim „Reformpädagogischen Forum 2000“ geborene Materialbörse am Samstag dem 14. Juli 2001 nach dem „Ehemaligentreffen – Back to the roots“ sind noch Plätze frei!

Lehrkräfte, die reformpädagogische Materialien (Freiarbeitsmaterial, Lernspiele, Lernzirkel, Unterrichtsprojekte) erstellt haben und sie einem breiteren Publikum vorstellen und zur Verfügung stellen wollen, können dies an genanntem Termin in der TU München, Lothstraße, tun.

Es ist wünschenswert, dass eine breite Palette von Materialien für die verschiedensten Fachbereiche und Schularten ausgestellt wird. Bitte rufen Sie uns an oder schicken Sie uns eine E-Mail oder ein Fax und geben Sie Ihren Fachbereich und das Material, das Sie ausstellen können, bekannt.

Wenden Sie sich bitte bis 02. April 2001 an:

Norbert Loos, 91541 Rothenburg, Bezoldweg 3, Tel.: 0 98 61/3924, Fax: 0 98 61/3924,
E-Mail: norbert.loos@addcom.de oder
Alexia Lauer, 90562 Heroldsberg, Albrecht-Dürer-Straße 14a, Tel.: 0911/51 83 831,
E-Mail: alexia@the-lauers.com

Das Thema in der Tagespresse: Süddeutsche Zeitung vom 25. Januar 2001

Null Bock auf Berufsschule

Der Lehrerjob ist für Abiturienten und Hochschulabsolventen nicht besonders attraktiv

Seit ein paar Tagen liegen die Falblätter an den bayerischen Gymnasien aus: „Die Chance!“ steht darauf. Und: „Beste Berufsaussichten für das Lehramt an beruflichen Schulen.“ Wenn auch die Broschüre etwas verstaubt daher kommt, das Anliegen ist sehr aktuell. Der Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern (VLB) sucht händeringend Nachwuchs. 600 Pädagogen, hat der VLB-Vorsitzende Hermann Sauerwein ausgerechnet, müssten durchschnittlich im Jahr neu eingestellt werden, um die duale Ausbildung nicht zu gefährden. Das Lehrer-Defizit ist so groß, weil mehr als ein Viertel in Rente geht, neue Berufe entstanden sind und die Schülerzahlen um zwei Prozent ansteigen.

Das alles war vorherzusehen. Doch außer mit dem Versprechen, dass jeder Berufsschullehrer nach seiner Ausbildung sicher einen Job haben wird, kann Sauerwein derzeit nicht winken. Und das ist in Zeiten bei weitem nicht ausreichend, in denen die Wirtschaft immer massiver als Konkurrent am Stellenmarkt auftritt. „Ein Referendar bekommt bei uns 1700 Mark im Monat, und die Wirtschaft zahlt ihm als Einstiegsgehalt gleich 6000 bis 7000 Mark“, erzählt Sauerwein. Auch später ist es schwierig, mit den Karriere-möglichkeiten am freien Markt mitzuhalten, wenn für Berufsschullehrer nach vier Laufbahngruppen das Ende

der Fahnenstange erreicht ist. Noch weniger Spielraum haben die Gewerbe- und Fachschullehrer an den Berufsschulen, die eigentlichen Praktiker. Nach einer achtjährigen Ausbildungszeit als Lehrling, Meister und dann nochmals Student an der Akademie in Ansbach kommen sie als Spezialisten auf höchstens 6500 Mark brutto. Hans Schwennesen, der jahrelang ihr Sprecher war, kämpft seit Mitte der 80er Jahre um eine Aufstockung des Gehalts. Vergebens. Die CSU im Landtag schmetterte immer mit ihrer Mehrheitsfraktion das Ansinnen ab. Jüngst scheiterte erst wieder eine Landtagseingabe im vergangenen Dezember.

Mehr Geld als Anreiz

Dabei spitzt sich die Situation am Lehrermarkt immer mehr zu. Die Wirtschaft muss erst gar nicht mehr die Schulabgänger in ihrem Berufswunsch umstimmen. Die meisten entscheiden sich längst selbst gegen das Lehramt. So berichtet Sauerwein, dass sich an der Technischen Universität in München immer weniger Studenten für ein Studium der gewerblich-technischen Berufe einschreiben. Neun Anfänger sind es in diesem Semester in Elektrotechnik, 50 hingegen bräuchte man, um langfristig den Bedarf zu decken. Das Gleiche gilt für Maschinenbau: Dort sind es zwölf Erstsemester; 70 wären hingegen erforderlich. Der VLB

hofft nun, mehr Einsteiger durch mehr Studienangebote zu gewinnen. Zusätzlich zur TU sollen die gewerblich-technischen Fächer auch an der Universität in Erlangen angeboten werden. Zudem verhandelt Sauerwein soeben mit dem Wissenschaftsministerium, um ein neues Fach für Informationstechnik an der fränkischen Hochschule zu etablieren. „Ohne ein eigenes Lehramtsstudium können wir die Nachfrage an Informatik-Lehrern nicht stillen“, sagt er. Und natürlich fordert er auch mehr Geld, zumindest für seine jungen Lehrer. „Von 1700 Mark kann man heute doch nicht mehr leben.“

Zum Anwalt der Interessen der Berufsschullehrer schwingt sich derzeit die Opposition im Landtag auf. „Wir müssen bei den Gehältern flexibler werden und weg vom üblichen Laufbahndenken“, sagt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Eberhard Irlinger. Welche Alternativen es gibt, darüber will die SPD heute unter anderen bei einer Anhörung diskutieren. Die Staatsregierung wiederum räumt zwar ein, dass es einen Lehrermangel gibt. Im Kultusministerium sieht man diesen auch in anderen Schularten auf sich zu kommen. Und angeblich arbeitet man in der Behörde am Münchner Salvator-Platz auch schon an Lösungsvorschlägen. Bislang jedoch warten die Lehrer darauf vergebens. *Christine Burtscheidt*

Ein Beitrag zur Besinnlichkeit:

Alles hat seine Zeit — alles braucht seine Zeit



HANS HUBER

Die Lebenssituation der Menschen in den Industrieländern änderte sich in den vergangenen Jahrzehnten aufgrund einer inneren Dynamik in der jeweiligen Gesellschaft. Beständiges Wirtschaftswachstum hatte eine bemerkenswerte Steigerung der Lebensqualität zur Folge; die Realisierung von Lebenschancen verbesserte sich für jung und alt. Der soziale Fortschritt äußerte sich in materiellem Wohlstand und in zunehmender Freiheit und Unabhängigkeit. „Wir sind freier, leben unter gerechteren Umständen, und es geht uns materiell üppiger, als es je in der Menschheitsgeschichte der Fall war“, sagt Nikolaus Lobkowicz.

Dennoch entwickelten sich in diesen dynamischen Industriegesellschaften auch Eigengesetzlichkeiten, die den Menschen immer mehr zum Funktionsträger in einer technischen, ökonomischen und organisierten Welt werden ließen. Als Folge dieser realen Situation in unserer Zeit klagen Menschen trotz hohen materiellen Wohlstands und zunehmender Freizeit über Zeitknappheit und Zeitdruck; sie fühlen sich von der Zeit beherrscht. Wie läßt sich diese Zeitnot, ja diese Zeitangst, dieses „keine Zeit haben“ erklären?

Hier erhebt sich die Frage nach dem Wesen der Zeit. Bei der Suche nach einer Antwort eröffnet sich als-

bald die Erkenntnis, dass das Phänomen „Zeit“ den Menschen bereits seit dem Einbruch der Zeit in sein Bewusstsein bewegt.

Was bedeutet die Zeit, die ein Ordnungsgefüge für Dinge, Beziehungen und Reihenfolgen liefert? „Zeit ist die vom menschlichen Bewusstsein innerlich wahrgenommene Form der Veränderung: des Entstehens, Werdens, Fließens, Vergehens in der Welt bzw. dieser selbst samt allen davon betroffenen Inhalten. Zeit gibt es, weil das Bewusstsein im Inneren und in der Außenwelt ständig Veränderungen wahrnimmt. Die objektive, an körperlichen Veränderungen oder an den Wegstrecken der Himmelskörper gemessene Zeit ist zu unterscheiden von der subjektiven Zeit, die auf dem erlebten Zeitbewusstsein beruht. Letzteres ist von den Erlebnisinhalten abhängig, es ist hauptsächlich die Empfindung, etwas zu tun, zu verändern, zu erleben“ (Kröner: Philosophisches Wörterbuch).

Die Griechen nehmen bereits diese unterschiedliche Bewertung der Zeit vor. Im Sprachgebrauch der griechisch-antiken Ethik begegnen wir den Begriffen „Chronos“ (äußere Zeit) und „Kairos“ (innere Zeit).

Die äußere Zeit als Uhrenzeit, Naturzeit, Sternzeit usw. kennt keine Gegenwart, kein Innehalten. Sie besteht aus Vergangenheit und Zukunft. Ihr Hauptcharakteristikum ist ihre Flüchtigkeit.

Die innere Zeit meint unsere Zeit. Die Zeit wird in Bezug gesetzt zum Inhalt, den wir ihr durch unser Handeln geben. Sie bleibt bezogen auf das Handeln des Menschen im entscheidenden Augenblick. „Kairos“, die innere Zeit, ist genau der Punkt, in dem wir das Empfinden haben, dass wir ganz da sind, dass Zeit und Ewigkeit zusammenfallen. In solchen Augenblicken wird Ertragen zum Er-

leben, wir finden zum wahren Leben. „Der Augenblick ist die Wiege der Zukunft“ (Grillparzer).

Auch Franz von Baader bezeichnet die innere Zeit als „wahre, eigentliche, heilende“ Zeit. „Diese innere Zeit kennt wirkliche Gegenwart. Wenn wir sie in ihrer höchsten und sublimsten Form erleben – sei es in Kult, in der Kunst oder in einer tiefen menschlichen Begegnung, ... dann sagen wir: „Die Zeit verging im Fluge“ oder gar: „Die Zeit stand still“ (Irenäus Trotze).

Beide Zeiterfahrungen gehören zum Wesen des Menschen. Auch Seneca lehrt uns, die Gegenwart zu nützen. „Die einzige Zeit, die uns gehört, ist die Gegenwart. Trotzdem leben die meisten teils in der Vergangenheit – von der sie rückblickend zehren oder sie beklagen, statt aus ihr zu lernen – teils in der Zukunft – indem sie sich bereiten, demnächst zu leben, und so gleichfalls das allein Wirkliche versäumen: die Gegenwart“ (Seneca).

Diese Gedanken Senecas sollte der Mensch unserer Zeit mehr verinnerlichen, um seine Zeit als Lebenshilfe nützen zu können. So rät Seneca: „Nütze die Zeit, die dir gar zu leicht entschlüpft, von anderen geraubt oder durch Lässigkeit vertan wird“. Er hat erkannt, dass die Zeit das ist, was der Mensch aus ihr macht. „Mit dem Allerkostbarsten geht man leichtfertig um und merkt es nicht einmal, weil es nichts Gegenständliches ist, weil es nicht ins Auge fällt und deshalb als ganz wohlfeil gilt, ja fast wertlos ist“ (Seneca).

Das Phänomen Zeit wird heute für den einzelnen Menschen wie für die Gesellschaft mehr und mehr zum Problem. Einerseits erlebt der Mensch tagaus tagein in vielseitigen Zusammenhängen das Fehlen an Zeit. „Ich habe keine Zeit“ – diese Aussage macht ihm bewusst, dass es sich um eine nicht gemeisterte Zeit handelt, die tiefer betrachtet den Lebenssinn beeinträchtigen kann. Andererseits erfährt er täglich in seiner Umgebung, dass Zeitmangel und Termindruck als Nachweis von Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit gelten. „Wer zugibt, viel Zeit zu haben, disqualifiziert sich selbst und

scheidet aus der Gesellschaft derer, die etwas leisten, die etwas fordern, die etwas erhalten können, aus“ (Niclas Luhmann).

Gerade Letzteres beweist recht eindringlich, dass uns heute die Fähigkeit, zwischen gemessener Zeit und erlebter Zeit, zwischen der Zeit als Nacheinander eines Ablaufes und der Zeit als Daseinszeit zu unterscheiden, immer mehr verlorenzugehen droht.

Das Leben meistern bedeutet also, die seltsame Wirklichkeit Zeit zu nützen:

- Nütze die Augenblicke, nütze die Stunden, die dir gegeben und geschenkt sind und vertreibe sie nicht. „Wunderliches Wort: die Zeit vertreiben! Sie zu halten wäre das Problem!“ (Rainer Maria Rilke). Man kann seine Zeit so vertreiben, dass danach keine Spur der Erinnerung bleibt.

- Nütze die Augenblicke, nütze die Stunden zum Nachdenken, um Abstand, Überblick, innere Freiheit und Bereitschaft zum Weitergehen zu finden, um zu erkennen, ob man Herr oder Sklave seiner Zeit ist.
- Nütze die Augenblicke, nütze die Stunden für einen neuen Anfang, denn es gibt die Kostbarkeit, das Verheißungsvolle und das Erregende des Neubeginns in der Zeit. „Denn jedem Anfang wohnt ein Zauber inne, der uns beschützt und der uns hilft zu leben“ (Hermann Hesse).

Gewiss sind Zeitnot und Terminfülle charakteristische Merkmale unserer Gegenwart. Trotz notwendiger Zielsetzungen und Planungen soll das „Müssen“ nicht ständig die „Muße“ beherrschen. Das Getriebensein von der Zeit findet in der Ruhe und Be-

sinnung seinen Ausgleich.

Sind Ruhe und Besinnung nicht die Voraussetzungen, um Gedanken zu fassen, um zu denken? Ja, denn von daher kann der Mensch auch den Weg zum Danken, zur Dankbarkeit finden, weil „denken“ und „danken“ des gleichen Stammes sind. Das Eigentliche im Leben, das erfüllte Leben (Kairos), finden wir nach entsprechender Übung in Ruhe und Besinnung und erhalten dieses Geschenk ohne besondere materielle Gegenleistungen. Das heißt aber auch, dass wir um das erfüllte Leben bitten und für das erfüllte Leben danken sollen. Merkwürdigerweise ist aber gerade dies für uns das Schwerste: bittend und dankend zu existieren. „Das Entdeckerauge des Herzens für die Freude und das Erfreuliche ist Dankbarkeit“ (Ida Görres).



Als Glückwunsch gedacht:

Ich wünsche dir Zeit

Ich wünsche dir nicht alle möglichen Gaben.
Ich wünsche dir nur,
was die meisten nicht haben:
Ich wünsche dir ZEIT,
dich zu freuen und zu lachen,
und wenn du sie nützt,
kannst du etwas draus machen.

Ich wünsche dir ZEIT für dein
Tun und dein Denken
Nicht nur für dich selbst,
sondern auch zum Verschenken.
Ich wünsche dir ZEIT,
nicht zum Hasten und Rennen,
sondern die ZEIT zum
Zufriedenseinkönnen.

Ich wünsche dir ZEIT,
nicht nur so zum Vertreiben.
Ich wünsche, sie möge
dir übrigbleiben.

Als ZEIT für das Staunen und
ZEIT für Vertrauen,
anstatt nach der ZEIT auf der Uhr
nur zu schauen.

Ich wünsche dir ZEIT,
nach den Sternen zu greifen,
und ZEIT, um zu wachsen,
das heißt um zu reifen.
Ich wünsche dir ZEIT,
neu zu hoffen, zu lieben.
Es hat keinen Sinn,
diese ZEIT zu verschieben.

Ich wünsche dir ZEIT,
zu dir selber zu finden,
jeden Tag, jede Stunde
als Glück empfinden.
Ich wünsche dir ZEIT,
auch um Schuld zu vergeben.
Ich wünsche dir:
ZEIT zu haben zum Leben.

Dazu als Vorschlag zum Deutschunterricht:

Kurt Kusenberg: Schnell gelebt

Schon als Kind erregte er Verwunderung. Er wuchs wie aus der Pistole geschossen und gab das Wachsen ebenso plötzlich wieder auf. Beim Sprechen verhaspelte er sich, weil die Gedanken den Worten entliefen; er war blitzschnell in seinen Bewegungen und wurde oft gleichzeitig an verschiedenen Orten gesehen. Alljährlich übersprang er eine Schulklasse; am liebsten hätte er sämtliche Klassen übersprungen.

Aus der Schule entlassen, nahm er eine Stellung als Laufbursche an. Er war der einzige Laufbursche, der je gelaufen ist. Von seinen Botengängen kehrte er so rasch wieder zurück, dass man nicht annehmen konnte, er habe sie wirklich ausgeführt, und ihn deshalb entließ. Er warf sich auf die Kurzschrift und schrieb bald fünfhundert Silben in der Minute. Trotzdem mochte kein Büro ihn behalten, denn er datierte die Post um Wochen vor und gähnte gelangweilt, wenn seine Vorgesetzten zu langsam diktierten.

Nach kurzem Suchen, das ihn endlos dünkte, stellte man ihn als Omnibusfahrer ein. Mit Schaudern dachte er später an diese Tätigkeit zurück, die darin bestand, einen fahrenden Wagen fortwährend anzuhalten. Vor ihm winkten Straßenfluchten, die zu durchheilen genussvoll gewesen wären. An den Haltestellen aber winkten Leute, die einsteigen wollten, und ihnen musste er folgen.

Eines Tages aber achtete er der Winkenden nicht, sondern entführte den Omnibus in rasender Gangart weit über das Weichbild der Stadt; so fand auch diese Bestätigung ein Ende. Der Fall kam in die Zeitungen und erregte die Aufmerksamkeit sportlicher Kreise. Seine Laufbahn vom Sechstagesfahrer bis zum Rennfahrer war ein einziger Triumphzug. Große Firmen rissen sich um seine Gunst; die geldkräftigste obsiegte, sie machte ihn zum Teilhaber. In leitender Stellung bewährte er sich und

war ein gefürchteter Verhandlungsführer, der seine Gegner verwirrte und überrannte.

Wenige Stunden nach dem Entschluß, einen Hausstand zu gründen, hielt er um die Olympiasiegerin im Hundertmeterlauf an, jagte mit ihr vom Stadion in das Standesamt und erzwang eine Notheirat. Gleiche Neigungen verbanden sich zu einzigartigen Leistungen. Die junge Frau setzte alles daran, hinter ihm nicht zurückzustehen. Sie erledigte ihre häuslichen Pflichten mit dem Zeitalter, trug im Winter schon Sommerkleidung gebar vor der Zeit, nämlich mit fünf Monaten, ein Fünfmonatskind, das schon in der Wiege fließend sprach und das Laufen noch vor dem Gehen erlernte. Sie erfand neue Schnellgerichte, die man im Flug einnahm und sogleich verdaute. Die Dienstboten wechselten täglich, später stündlich, endlich geriet sie an einen Speisewagenkoch und zwei Flugzeugkellner, die das Zeitmaß begriffen und blieben. Sie war ihrem Gatten in jeder Hinsicht eine Stütze.

Der fuhr fort, sein Leben zu beschleunigen. Da er viel schneller schlief als andere Leute, benötigte er weniger Schlaf. Wenn er sich ins Bett warf, träumte er schon, und bevor ihn der Traum recht umfangen

hatte, war er bereits wieder wach. Er frühstückte in der Badewanne und las beim Anziehen die Zeitung. Eine eigens erbaute Rutschbahn beförderte ihn aus der Wohnung in das Auto, das mit angelassenem Motor vor der Haustür hielt und sofort davonschoß.

Er sprach so knapp, als telegraphiere er, und wurde von langsamen Menschen selten verstanden. Er versäumte keine sportliche Veranstaltung, bei der es um Schnelligkeit ging, und setzte Preise für Höchstleistungen aus; sie kamen nie zur Verteilung, weil die Bedingungen unerfüllbar waren. Einen Teil seines schnell erworbenen Vermögens steckte er in den Raketenbau. Die erste bemannte Rakete, die abgeschossen wurde, enthielt ihn. Es war die schönste Fahrt seines Lebens.

Die Folgen eines so hastigen Daseins blieben nicht aus. Er alterte bedeutend rascher als seine Umwelt, war mit fünfundzwanzig Jahren silbergrau und mit dreißig ein gebrechlicher Greis. Ehe die Wissenschaft sich des seltsamen Falles annehmen konnte, starb er und zerfiel, da er die Verbrennung nicht abwarten wollte, im gleichen Augenblick zu Asche. Es blieb ihm erspart, die Enttäuschung zu erleben, dass die Nachrufe einen Tag zu spät in den Zeitungen erschienen. Seitdem er gestorben ist, kriecht die Minute wieder auf sechzig Sekunden dahin.

Entnommen:

Kurt Kusenberg „Mal was andres“, Rowohlt 1967



Foto: Joachim Giesel

Vorstellung einer möglichen Lehrerfortbildung:

DAS BURN-OUT-SYNDROM

TONI BENZ

Vielleicht ist dem einen oder anderen Kollegen der Name Dr. Peter Vogt schon einmal in den Medien (Rundfunk und Fernsehen, Fachliteratur) begegnet? Dr. Peter Vogt betreibt in Bad Tölz eine Reha-Klinik, in der u.a. Lehrer mit Burn-out-Syndrom behandelt werden. Durch die lokale Verbundenheit, haben wir, die Berufsschule Bad Tölz-Wolfratshausen, Dr. Vogt zu einem Fachvortrag über dieses Lehrerproblem an unsere Schule eingeladen. Der Vortrag war aus Sicht des Kollegiums so interessant und inhaltlich fundiert, dass wir ihn nun bayernweit anbieten möchten. Um sich einen Überblick über die Thematik verschaffen zu können, sollen nun die wesentlichen Inhaltspunkte dargestellt werden.

Definition des Begriffs „Burn-out“ und Beschreibung durch die Lehrer

Dr. Peter Vogt definiert das „BURN-OUT-SYNDROM“ als einen Erschöpfungszustand, der abhängig vom energetischen Zustand ist. Diesen Zusammenhang beschreiben die meisten Lehrer/innen (während der Behandlungen) als „Leer werden“ des Akkus, als Nachlassen der Leistungsfähigkeit, als nicht mehr den eigenen und fremden Ansprüchen genügen, als Demotivation und als Aversion gegenüber Schülern, Eltern und Kollegen.

Messung dieses Erschöpfungszustandes

Gemessen wird dieser Erschöpfungszustand mit dem sog. AVEM-Test („Arbeitsbezogenes Verhaltens- und Erlebens-Muster“). Gemäß dieses Testes lassen sich die Lehrer in vier Typen bzw. Muster einteilen. Das **Muster G** steht für „gesundheitsförderlich“. Lehrer/innen dieses Typs haben z. B. ein hohes, aber nicht exzessives Engagement, verbunden

mit Widerstandsfähigkeit und Wohlbefinden. Das **Muster S** steht für „sich schonen“ („Schongang“). Es kennzeichnet Lehrer/innen mit eingeschränktem Engagement, bei erhaltener Widerstandsfähigkeit und Wohlbefinden. Das **Muster A** – die Bezeichnung „A“ stammt aus der Psychologie (vgl. z.B. Typ-A-Manager) – steht für sich selbst überfordernd, d. h. exzessives Engagement mit hoher Verausgabung und Perfektionsneigung und Einschränkungen in Widerstandsfähigkeit und Wohlbefinden. Als viertes und letztes „Muster“ erscheint schließlich das **Muster B** für „Burn-out“. Kennzeichen dieses Musters sind unterschiedliche Ausprägungen von emotionaler Erschöpfung, Aversion gegen die Berufspraxis und Einschränkung in Widerstandsfähigkeit, Lebensgefühl und Wohlbefinden. Motivation und Engagement sind hierbei teilweise schon verringert.

Sollte bei diesem Test die Wahrscheinlichkeit für A oder B sehr hoch sein (über 80 %), so ist ein Gesundheitsrisiko vorhanden.

Abhilfemaßnahmen

Als Abhilfe nennt Dr. Vogt unter dem Stichwort „Der gute Lehrer“ Faktoren, die sich günstig auf die Widerstandsfähigkeit und die Belastbarkeit auswirken. Diese Faktoren sind z. B. Ausstrahlung, Souveränität und Autorität, Begeisterung und Begeisterungsfähigkeit, fachliche Kompetenz, d. h. z. B. einen spannenden Unterricht machen können, verschiedene Unterrichtsformen beherrschen, etwas vom Fach verstehen, gut vorbereitet sein. Weitere Faktoren können sein: emotionale Stabilität und Kompetenz. Hierunter versteht Dr. Vogt z.B. mit sich selbst gekonnt umgehen können, Ärger und Angst regulieren können, sich distanzieren können, einfühlsam sein, standhalten können. Weiter sind ihm soziale und pädagogische Kompetenzen wichtig. Diese beinhalten

u. a. mit schwierigen Schülern und Situationen klarkommen, Interaktionen und gruppendynamische Prozesse kennen und somit auch steuern können. Voraussetzungen hierfür sind u. a. die Situationen, Interaktionen, Prozesse usw. zunächst zu „diagnostizieren“, Gruppenphänomene verstehen, mit Aversion, Provokation und Feindseligkeiten umgehen können und die eigene Rolle kennen. Nur so können Konflikte „geschickt“ angegangen werden.

Kurzum, der Lehrer sollte ein souveräner Super-Mensch sein, der flexible Bewältigungsstrategien für die unterschiedlichsten Situationen besitzt.

Neben den oben genannten Eigenschaften und Fähigkeiten sollte ein „guter“ Lehrer noch Humor haben, damit der „Funke“ zu den Schülern/innen überspringt. Dies ist der von den Schülern/innen am häufigsten geäußerte Wunsch.

Häufige Beschwerden in Zusammenhang mit Stress bzw. Burn-out

- Gefühl des Verschlissenseins,
- Mangel an Gelassenheit im Umgang mit Schülern,
- Konzentrationsprobleme,
- gehäuftes Versprechen (auch Störung des Sprachflusses),
- muskuläre Verspannungen im Schulter-Nacken-Bereich,
- ausstrahlende Kopfschmerzen,
- angespannte, gepresste Stimme,
- blockierte Atmung und Atemstörungen,
- Schlafstörungen (Unfähigkeit abzuschalten),
- Herz-Kreislauf-Probleme, (Tachycardie, Hochdruck),
- abdominale Beschwerden (Übelkeit, Druck in der Magengegend),
- Ohrgeräusche,
- Ängste, vor der Klasse zu stehen,
- depressive Verstimmungen (auch verbunden mit gehäuften Weinen nach dem Unterricht),
- Unsicherheit,
- gehäufte Infekte,
- gesteigertes Bedürfnis nach Süßigkeiten und Alkohol.

Burn-out-Ursachen

Dr. Vogt teilt die Ursachen für ein Burn-out-Syndrom in drei Kategorien

ein: berufsspezifische Gründe, Belastungen im familiären Umfeld und Persönlichkeitsfaktoren.

Zu den **berufsspezifischen Gründen** oder beruflichen Belastungen zählen u. a. das Verhalten der schwierigen Schüler/innen, die Klassenstärke, die Stundenzahl, die administrativen Pflichten, Vertretungsstunden, fachfremder Unterricht, berufliches Image und Prestige, der Stoffumfang und die außerunterrichtlichen Pflichten. Bis hierher waren die Antworten in abnehmender Häufigkeit gewichtet. Die nachfolgenden Punkte sind nun ohne Rangfolge: Gefühl, mehr ein Dompoteur zu sein als ein Lehrender, Unterricht gegen Widerstand, Lärmpegel im Unterricht, zunehmende Erziehungsfunktion des Lehrers, mangelnde Kooperationsbereitschaft der Eltern, mangelnde Unterstützung durch den Schulleiter bzw. den Arbeitgeber (Personalentwicklung), hohe Entscheidungsdichte (schnelle Reaktionen auf unterschiedlichste Forderungen von Schülern, Eltern, Kollegen und Vorgesetzten), mangelnde Regenerationsmöglichkeiten während des Unterrichts.

Belastungen im familiären Umfeld können sein: Erkrankungen im Familienkreis (vor allem von Partnern und/oder Kindern, und zwar sowohl körperliche als auch psychiatrische Erkrankungen), traumatische Lebensereignisse (Unfälle, Todesfälle im eigenen Familienkreis, Betreuungs- und Pflegefälle in der Familie bei geistigen oder körperlichen Behinderungen), Trennung und Scheidung (und zwar eigene als auch die von Kindern mit evtl. an die Eltern zurückfallenden Enkelkindern), Arbeitslosigkeit und Drogensucht bei Kindern, defizitäre Partnerschaften, mangelnde Unterstützung.

Hierbei hat Dr. Vogt festgestellt, dass ledige oder alleinstehende Lehrerinnen länger im Beruf bleiben, da der Beruf ein Teil des sozialen Netzes ist.

Allgemein gilt jedoch: Jegliche Störung der inneren Balance und Ökologie schlägt auf die Fähigkeit zu unterrichten durch.

Persönlichkeitsfaktoren, die für das Burn-out-Syndrom eine Rolle

spielen sind u. a.: Fehlerhafte Berufswahl, idealistische Motive, unklare Zieldefinitionen mit Enttäuschungspotential, ängstlich-selbstunsichere Persönlichkeitszüge, Depressionsneigung mit hoher Resignationstendenz, übermäßiger Perfektionismus mit Übergewissenhaftigkeit und Pedanterie, ungenügend entwickelte Fähigkeit zur Abgrenzung, geringe Widerstandsfähigkeit gegenüber Belastungen, mangelnde Konfliktfähigkeit, Schwierigkeiten bei der Emotionsregulation und Unzufriedenheit mit dem eigenen Gesundheitszustand.

Um das Burn-out-Problem meistern zu können, schlägt Dr. Vogt folgende **Burn-out-Prophylaxe** vor:

- Protektiv wirken,
- Kompetenz (fachliche, emotionale und soziale),
- realistische Selbst- und Zieldefinitionen (keine unrealistischen Erwartungen, Enttäuschungen bahnen Burn-out an, klare Vorstellungen über die Lehrerrolle, die Autoritäts- und Autonomie-Konflikte herausfordert und Angriffsflächen für feindselige Projektionen bietet),
- soziale Unterstützung (durch Familie, soziale Netze, durch Kollegen/-innen, durch den Schulleiter, positive Rückmeldung durch Schüler und Eltern, institutionelle Unterstützungen).

Auflösen der Burn-out-Situation


Um aus der Burn-out-Situation herauszukommen, sollte jeder Lehrer bestimmte Fähigkeiten entwickeln, für sich sorgen und sich regulieren können (Energie-Reserven auffüllen, auftanken), durch verschiedenartigste Aktivitäten und Genüsse; in Balance bleiben (In-Takt-Sein), Interventionsmaßnahmen (abhängig vom Risikoprofil bei A und B), Belastungsausgleich und Kompensieren durch Entspannen (Autogenes Training, Jacobson, Yoga, Meditation, QiGong, TaiChi u.a.). Wichtig ist auch Bewegungstherapie (Sport), Schaffen von Zufriedenheitserlebnissen, Stressanalyse und Stressbewältigungstraining usw.).

Spezielle Empfehlungen für Lehrer und Lehrerinnen

- Mehr Beratungen für werdende Lehrer,
- spezielle Berufsanfänger-Fortbildung (Vorschlag: Patensystem zur Vermeidung des „Praxischocks“),
- Laufbahnberatung bis zur Pensionierung und Beratung über Risikofaktoren,
- „Emotional-check“,
- mehr Austausch und Kooperation (contra Einzelkämpfertum),
- Bildung von Tandems (Interventions- und Supervisions-Gruppen),
- Finanzierungsmodelle für Supervision (Vorschlag: 50 % privat, 50 % gefördert),
- diverse Trainings für Problemsituationen,
- Förderung von Teildienstfähigkeit und Altersteilzeit,
- Pensionierung mit 60,
- Begünstigungen von Berufswechseln,
- Gesundheitsförderung in der Schule auch für Lehrer (körperlich, seelisch, geistig),
- regelmäßige Mitarbeiter-Vorgesetzten-Gespräche und Befragungen zur Früherkennung von Problemen (Belastungs- und Belastbarkeits-Untersuchungen),
- Gesundheitszirkel,
- Reha-Kuren,
- Frühberentung, falls unvermeidlich (Ressourcen-Verlust).

Nach diesem Theorieteil am Vormittag wird am Nachmittag ein Praxisteil mit konkreten Entspannungsübungen folgen.

Wer Interesse an der Teilnahme bei dieser Fortbildung hat, möge sich bitte mit der Staatlichen Berufsschule Bad Tölz-Wolfratshausen, Toni Benz, Gudrunstraße 2-4, 83646 Bad Tölz, Fax (0 80 41) 78 76 50 in Verbindung setzen. Termin ist Samstag, der 28. April 2001. Die Kosten für diesen Tag betragen pro Teilnehmer 50 DM. Da die Teilnehmerzahl begrenzt ist, werden die Plätze nach Eingang der Anmeldungen vergeben.

Den Kolleginnen und Kollegen aus Nordbayern kann, falls dies gewünscht wird, bei der Suche nach Übernachtungsmöglichkeiten geholfen werden. 

Offenes Versetzungs- und Einstellungsverfahren



INGRID HECKNER

Das offene Einstellungsverfahren im letzten Jahr, das im wesentlichen überzeugt hat, wird nun auch auf FOS und BOS ausgeweitet. Zusätzlich werden nach gleichem Muster die Versetzungen durchgeführt. Das KMS zu diesem Thema liegt den Schulleitungen und damit auch den Personalräten vor. Versetzungswillige können sich auch das Informations- und Formblatt unter www.stmuk.bayern.de aus dem Internet laden.

Grundsätzlich begrüßen wir die Bemühungen, Profilbildung der Schulen durch eigenverantwortliche Personalauswahl zu unterstützen. Wir sehen jedoch in dem uns vorliegenden Papier einige Schwachstellen und Problemquellen:

Freigabe/Nichtfreigabe durch die abgebende Schule: In Zeiten von Lehrermangel werden die wenigsten Schulleitungen das Risiko eingehen, eine Kollegin, einen Kollegen freizugeben ohne zu wissen, ob diese Stelle durch eine andere Versetzung oder Neueinstellung abgedeckt wird. Bisher ist nur festgelegt, dass Lehrkräfte, die länger als fünf Jahre an einer Schule beschäftigt sind, freigegeben werden müssen. Uns fehlt


an dieser Stelle, dass Lehrkräfte, deren Versetzungsgrund Familienzusammenführung ist, ebenfalls freizugeben sind. Wird das nicht geändert, werden unsere Nachwuchssorgen noch größer werden. Die Beurlaubungszahlen werden steigen, die Unterrichtsbelastung durch Mehrarbeit für die anderen Kollegen wird zunehmen. Wir werden darauf drängen, dass dieser Freigabebegrund noch aufgenommen wird.

„Bei Nichtfreigabe nimmt die Lehrkraft am weiteren Versetzungsverfahren nicht mehr teil.“ Auch dieser Satz muss geändert werden. Es ist nicht einzusehen, dass Kolleginnen und Kollegen, die nicht freigegeben wurden, nicht wenigstens im zentralen Versetzungsverfahren „nachbehandelt“ werden. Erfahrungsgemäß ist zum März den Schulleitungen nicht bekannt, ob bei den Einstellungswünschen der jungen Lehrkräfte ihre Schule „gefragt“ ist. Auf diese Weise haben wir dann gleich zwei Enttäuschte: der Eine, der nicht versetzt werden kann und der Andere, der gerne seine Stelle gehabt hätte. Auch dagegen werden wir energisch vorgehen.

Anforderungsprofil der ausgeschriebenen Stelle: Bereits im letzten Jahr ist es zu Problemen gekommen, wenn der Bewerber zwar den richtigen Fachbereich abgedeckt hat, aber ein anderes Zweitfach hatte. Es sind dann Einstellungen wieder rückgängig gemacht worden, die der Schulleiter vorgenommen hatte. Wir halten dieses enge Korsett für übertrieben. Ein bisschen mehr Vertrauen in die Entscheidungen der Schulleiter ist angebracht. Im schlimmsten Fall darf ein Schulleiter einen Bewerber nicht

nehmen, weil ein Detail im Profil nicht stimmt, profilgetreue Bewerber gibt es nicht, im zentralen Verfahren zugeteilte „passende Neueinstellungen“ treten dann vielleicht nicht an, weil der Schulort mit familiären Bedingungen nicht zu vereinbaren ist.

Am Schluss sei noch positiv angemerkt: Die verbindliche Berücksichtigung von Familienzusammenführung durch die aufnehmende Schule begrüßen wir. Frauen, die am neuen Dienort eine Teilzeitbeschäftigung anstreben, dürfen nicht benachteiligt werden.

PS: Kurz vor Drucklegung erreichte uns die erste Erfolgsmerldung: Die Forderung, dass Familienzusammenführung bei der Freigabe durch die Schulleitung zu berücksichtigen ist, wurde vom Ministerium in das Konzept aufgenommen. 

Stadt
Fürth

Die Stadt Fürth sucht

für die **Hans-Böckler-Schule**/Abteilung
Wirtschaftsschule (gegenwärtig 21 Klassen
mit ca. 560 Schülerinnen/Schülern)

Dipl.-Handels- lehrerinnen/ Dipl.-Handels- lehrer

(BesGr. A 13/A14),

insbesondere mit Zweitfach/Unterrichtserfahrung in Datenverarbeitung, Deutsch, Englisch, Ethik, Französisch, Mathematik bzw. Übungsfirmenarbeit.

Teilzeitwünsche werden, soweit organisatorisch möglich, berücksichtigt.

Bewerbungen mit Lichtbild, Lebenslauf und Zeugnismachweisen werden bis 28. Februar 2001 an die Stadt Fürth, Personalamt, 90744 Fürth, erbeten.

Die Stadt Fürth fördert die berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern und begrüßt es, wenn Frauen sich bewerben. Schwerbehinderte werden bei gleicher Eigenschaft bevorzugt.

Der VLB ist online ...

Der VLB ist auch online zu erreichen. Unsere Homepage finden Sie unter der Adresse <http://www.vlb-bayern.de>

Kritische Bestandaufnahme:

Lernfelder in der Bautechnik



DR. KLAUS HERMANN

In meinen Ausführungen greife ich das viel diskutierte Problem der Lernfelder in den neuen Rahmenlehrplänen der Bautechnik auf. Dabei erläutere ich die Problematik an Beispielen aus der Schulpraxis. Am Ende meiner kritischen Betrachtung stelle ich das Ergebnis einer Lehrerumfrage zum Thema „Lernfelder im bautechnischen Unterricht“ vor.

Schulpraktische Umsetzung des Lernfeldkonzepts

Erstmalig gibt es seit etwa einem Jahr Rahmenlehrpläne in der Bautechnik, die bereits die Handlungsorientierung des Berufsschulunterrichts und die Lernfeldstruktur in den Lehrplänen berücksichtigen. Die bisherigen streng getrennten Fächer wie Fachtheorie, Fachrechnen, Fachzeichnen und Praktische Fachkunde werden aufgelöst. An diese Stelle treten einzelne Lernfelder bzw. Tätigkeitsbereiche. Die damit verbundenen organisatorischen und personellen Möglichkeiten lassen den Schulen einerseits Freiheiten bei der Umsetzung des Konzepts, andererseits sind aber damit große Schwierigkeiten verbunden. Welche Probleme gibt es nun vor Ort zu lösen?

Die Schulen wurden mit dieser grundlegenden Erneuerung überrascht und es stehen noch nicht genügend Umsetzungskonzepte zur Verfügung. Zum Beispiel ist die räumliche Ausstattung in den meisten Berufsschulen, wie z.B. mit integrierten Fachunterrichtsräumen, nicht ge-

geben. „Offensichtlich hat die Expertenkommission der KMK diese und andere wichtigen Voraussetzungen vor Ort nicht bedacht.“¹ An unserer Schule versuchen wir seit einem Jahr in Fachkonferenzen und im Erfahrungsaustausch im Kollegium die Thematik unter didaktischen und organisatorischen Gesichtspunkten gezielt aufzuarbeiten.

Lernfelder, die für eine Klassenstufe im Lehrplan ausgewiesen werden, sind im Stoffverteilungsplan für das entsprechende Lernfeld nach personellen, räumlichen und anderen organisatorischen Kriterien konkreter zu fassen. Bader schreibt in seinem Aufsatz „Handlungsfeld – Lernfeld – Lernsituation“, dass „dies ganz in der Intention des Lernfeldkonzepts liege, denn dieses solle die Flexibilität vor Ort erweitern und die Kompetenz der einzelnen Lehrerinnen und Lehrer zur Entfaltung kommen lassen.“² Der herkömmliche Stoffverteilungsplan – ein individueller Zeit- und Themenplan –, so wie wir ihn kennen, wird erweitert um Lernfelder. Denkbar wäre auch, dass dieser individuelle „Handlungsplan“ noch um Lernsituationen mit einzelnen Handlungs- bzw. Tätigkeitsbeschreibungen zu einem komplexen Unterrichtsplan erweitert wird. In ihren Ausführungen zum „Handlungslernen in der Erstausbildung der Maler und Lackierer“ sprechen Bloy und Richter von einer „höheren Verantwortung der Lehrenden für die Planung und Durchführung des Unterrichts“³ bei der Umsetzung des neuen Konzepts.

Handlungsfelder bzw. -bereiche stellen auch die maßgebende Bezugsgröße für den Nachweis und die Bewertung der Leistungen sowie für die Ausweisung von Noten auf den Zeugnissen dar. Im Zeugnis stehen statt der bisherigen Unterrichtsfächer Lernfelder. Zum Beispiel sind im Zeugnis der Fachklasse für Bautechnik, Jgst. 10, statt Fachtheorie, Fachrechnen, Fachzeichnen und Fachpraxis die Lernfelder Hochbau, Tief-

bau und Ausbau ausgewiesen. Und in der Fachklasse für Zimmerer, Jgst. 11, heißt es Wand- und Deckenkonstruktionen, Dachtragwerke sowie Dachdeckungen und Ausbauarbeiten.

Die fast an jeder Schule vorhandene Trennung der Theorieräume und praktischen Lehrwerkstätten und die personelle Trennung der Lehrkräfte in Unterrichtsfächer erschweren den geforderten fächerübergreifenden und handlungsorientierten Unterricht in sog. Lernfeldern. Abhilfe werden in Zukunft die integrierten Fachunterrichtsräume – nach Möglichkeit mit multimedialer Ausstattung – schaffen. Für viele Schulen werden aber die Kosten für die baulichen Maßnahmen und die Ausstattung der Räume sehr hoch sein.

Auch die Leistungserhebung im Unterrichtsalltag wirft Probleme auf. In seinem Aufsatz „Folgen des Lernfeldkonzepts für die Ermittlung von Lernergebnissen“ weist Straka darauf hin, dass sich mit der Einführung des Lernfeldkonzepts neue Anforderungen an die Leistungsmessung stellen.⁴ Es sind z.B. Antworten darauf zu finden, wie Lernergebnisse erhoben werden sollen. Soll die Messung für eine Person oder eine Gruppe erfolgen? Soll sie mündlich, schriftlich praktisch oder ganzheitlich geschehen? Auch muss die Lehrkraft in der Unterrichtspraxis zur Qualität der Ermittlung von Lernergebnissen und -prozessen in Form von Qualitätskriterien Zeugnis ablegen.

Mit der Leistungserhebung verbunden ist die Frage „Wie sieht in Zukunft eine lernfeldorientierte Prüfung aus?“. Sie beschäftigt zur Zeit die Verantwortlichen im Berufsfeld Bautechnik, aber auch die in anderen Fachrichtungen. In diesem Zusammenhang fragen wir uns, was eigentlich geprüft werden soll? Wenn das Ziel der betrieblichen Ausbildung in Zukunft die Vermittlung beruflicher Handlungskompetenz ist, so muss auch die berufliche Handlungskompetenz im Mittelpunkt der Prüfung stehen.

Bei näherer Betrachtung der beruflichen Handlungskompetenz ergeben sich zwei Säulen: Der Handlungsprozess und die Handlungsstruktur. Während der Handlungs-

prozess die selbständige Planung, Durchführung und Kontrolle von Lern- und Arbeitsprozessen beinhaltet, ist die Handlungsstruktur in die Bereiche Fachkompetenz, Methoden- sowie Human- und Sozialkompetenz aufgeteilt. Bei der Fachkompetenz lautet die Fragestellung: „Welches Wissen und welche Fertigkeiten hat der Prüfling?“. Bei der Methodenkompetenz wird gefragt, „Welche Fähigkeit besitzt sie/er, das Problem zu lösen?“. Bei der Humankompetenz muss sich der Prüfungsausschuss mit der Frage beschäftigen, „Welche Fähigkeiten besitzt der Kandidat/in, in Gruppen zu arbeiten, sich selbst zu betrachten bzw. die Ergebnisse der Prüfung selbst einzuschätzen.“ Der Prüfungsgegenstand Sozialkompetenz verlangt als Ergebnis z.B. Dialog-, Kooperations- und Solidaritätsfähigkeit. Erst wenn der Prüfling diese Handlungsprozesse mit ausreichenden Ergebnissen bewältigt hat, hat er auch die Ziele für die Prüfung erreicht. Auch bei der neuen Prüfung gilt der Grundsatz: „Geprüft wird, was gelehrt und wie gelernt wurde.“⁵

Eine abschließende Bewertung des Paradigmenwechsels in der Lehrplanarbeit der Berufsschule ist noch nicht möglich. Wir müssen abwarten, ob mit dem neuen Konzept eine Effektivitätssteigerung des Unterrichts verbunden ist. Denn letztlich wird die Lehr- und Lernleistung immer daran gemessen, wie effektiv sie ist.

Ergebnisse einer Lehrer-Umfrage

Nach einem Jahr lernfeldbezogener

Lehrpläne in der Bautechnik lassen sich sowohl Vor- als auch Nachteile des lernfeldorientierten Unterrichts aufzeigen. Hier das Fazit einer Lehrerumfrage⁶ (Diese Auflistung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.).

Als positiv wurden genannt:

- neues Unterrichtskonzept zwingt zum Umdenken,
- problemorientiertes Unterrichten ist möglich,
- Unterrichtender hat mehr Freiheiten,
- individuellere Einteilung des Unterrichts möglich,
- Gruppenarbeit in Lernfeldern wird erleichtert,
- mehr Überblick über Baugeschehen durch Ganzheitlichkeit,
- höhere Motivation bei den Schülern erkennbar.

Als negativ eingestuft haben die befragten Lehrer:

- ganzheitliche Betrachtung des Baugeschehens verursacht Schwierigkeiten bei der Zuordnung der Lerninhalte,
- Schüler kann seine Mitschriften oft nur mit Lehrerhilfe einordnen,
- Überforderung der Schüler durch komplexe Inhalte,
- Schüler in Leistungsnachweisen überfordert,
- zu wenig Übungszeit im Fachrechnen und Fachzeichnen,
- Wiederholung des Lehrstoffs nur schwer möglich,
- fachtheoretische Lerninhalte überwiegen,
- Lehrpläne sind überfrachtet,
- Lernfelder im Zeugnis für den Ar-

- beitgeber z.T. unverständlich,
- Hauptschüler besitzen kaum Erfahrung im Projektunterricht,
- noch kaum eine Vorstellung vom Ablauf der Gesellenprüfung,
- zu große Klassen bzw. Gruppen.

Trotz neuer Unterrichtskonzepte dürfen wir aber unsere Schülerinnen und Schüler nicht vergessen. Neben leistungsstarken Schülern haben wir auch Lernschwache, die besondere Hilfe benötigen. Sie gilt es auch in einem ganzheitlichen Unterricht zu fördern. Diese Chance müssen wir wahrnehmen.

- 1) Vgl. Bader, Reinhard: Lernfelder. In: Die berufsbildende Schule (BbSch) 51 (1999) 5, S. 3 f.
- 2) Bader, Reinhard: Handlungsfeld – Lernfeld – Lernsituation. In: Die berufsbildende Schule (BbSch) 51 (1999) 5, S. 177
- 3) Bloy, Werner und Konrad Richter: Handlungslernen in der Erstausbildung der Maler und Lackierer. Ansätze und Projekte auf der Basis fächerübergreifender Lernfelder im Berufsschulunterricht. Neusäß 1999. Kieser, S. 11
- 4) Straka, Gerald A. u.a.: Folgen des Lernfeldkonzepts für die Ermittlung von Lernergebnissen. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik (ZBW) 96 (2000) 3, S. 433 - 441
- 5) Nach Sloane, Peter: Die handlungsorientierte Gesellenprüfung. Vortrag auf der Fachtagung für die Mitglieder von Gesellenprüfungsausschüssen der Maler- und Lackierer-Innungen Bayerns am 18.10.2000 in München, Landesinnungsverband des Bayerischen Maler- und Lackiererhandwerks
- 6) Umfrage bei Kollegen der Staatlichen Berufsschule Neumarkt i.d.OPf. nach einem Jahr lernfeldstrukturierter Lehrpläne im Berufsfeld Bautechnik: Neumarkt, im Oktober 2000

Bericht über ein interkulturelles Projekt:

Kreatives Schreiben mit PEN-Präsident SAID

DR. SIEGFRIED HUMMELBERGER

Es ist bekannt, dass die Arbeit mit Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz erhalten konnten, aber zur Ableistung ihrer Schulpflicht dennoch die Berufsschule besuchen

müssen, mit zu den größten pädagogischen Herausforderungen gehört. In München besuchen diese Jugendlichen eine eigene Berufsschule, nämlich die „Berufsschule zur Berufsvorbereitung“ am Bogenhauser Kirchplatz. Der Anteil von Schülerinnen

und Schülern nichtdeutscher Muttersprache ist hier extrem hoch, die Motivation bleibt oft auf dem geringsten anzunehmenden Maße, die Zahl der Schulverweigerer ist überdurchschnittlich. Viele der Betroffenen haben eine belastende biografische

Entwicklung hinter sich, und gescheiterte Schulkarrieren mit entsprechend negativer Einstellung gegenüber dem Regelschulsystem sind eher die Regel als die Ausnahme. Es dürfte auf der Hand liegen, dass unter diesen erschwerten Bedingungen herkömmliche pädagogische Konzepte rasch an die Grenzen ihrer Möglichkeiten stoßen. Um auf diese besonderen Umstände adäquat zu reagieren, versuchen die Lehrkräfte in Zusammenarbeit mit dem städtischen Schulreferat verschiedenste pädagogische Konzepte umzusetzen; exemplarisch genannt seien etwa handlungsorientierte Ansätze, Konzepte der Arbeits- und Produktionsschule sowie projektorientiertes Arbeiten, ergänzt durch Schulsozialarbeit.

Ein besonders erwähnenswertes Unterrichtsprojekt wurde im Sommer des vergangenen Jahres in der Klasse 10 b unter der Leitung von Marita Huber durchgeführt: Ziel des ehrgeizigen Projekts war, selbst verfasste lyrische Texte in einem „richtigen“ Buch zu veröffentlichen, wobei alle notwendigen Produktionsschritte (Texte verfassen, Illustration, Satz, Druck etc.) selbst durchgeführt werden sollten. Die Klasse bestand aus zwanzig Schülerinnen im Alter zwischen 16 und 18 Jahren aus sieben verschiedenen Herkunftsländern mit verschiedensten Sprachen, Religionen und kulturellen Zugehörigkeiten; die Mehrzahl von ihnen lebt erst seit etwa zwei Jahren in Deutschland. Insbesondere die Schülerinnen aus dem Kosovo und Bosnien hatten oftmals traumatisierende Kriegserlebnisse hinter sich; unabhängig von den Herkunftsländern hatten viele Schülerinnen zudem unter schwierigen sozialen Umfeldbedingungen und teilweise zerstörten Familienstrukturen zu leiden, alle verfügten nur über beschränkte Kenntnisse in der neuen Umgebungssprache Deutsch.

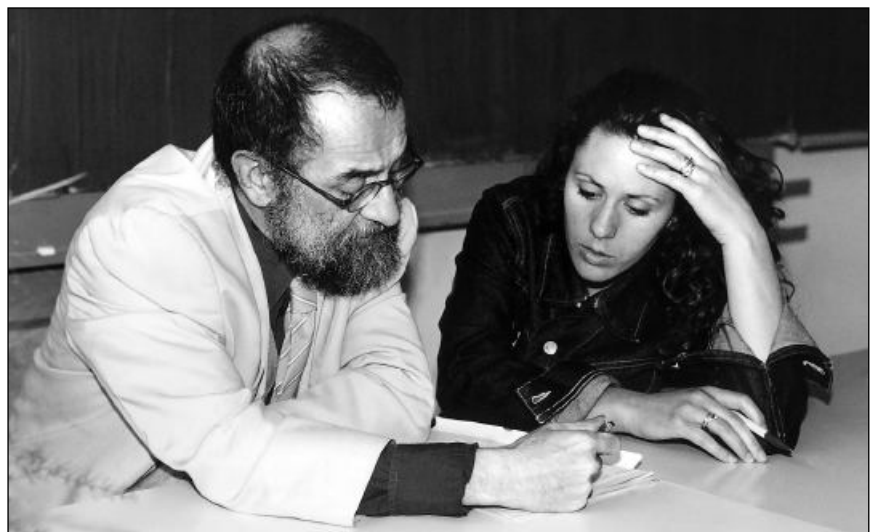
Auf einer Lesung des bekannten Lyrikers SAID, welche die Klassenleiterin besuchte, fragte sie ihn, ob er nicht die Leitung des angestrebten Projekts mit übernehmen wolle. Spontan sagte der PEN-Präsident zu und kam während der nächsten sieben Wochen mehrere Male in die Berufsschule. Gemeinsam wurden

Gedichte gelesen, über Lyrik diskutiert und das kreative Schreiben begonnen. Texte, Bilder und Musik dienten als Schreibregungen für erste eigene Versuche. Wegen ihrer sprachlichen Schwierigkeiten hatten viele Schülerinnen zu Beginn große Hemmungen, ihre Texte zu Papier zu bringen. Die Angst sich zu blamieren konnte jedoch rasch überwunden werden, da die Schülerinnen großes Vertrauen zu dem bekannten Schriftsteller fassten, wobei seiner eigenen Biografie als Immigrant sicherlich besondere Bedeutung zukam. SAID diskutierte mit jeder Schülerin einzeln einfühlsam und verständnisvoll deren Textentwürfe, fragte bei Verständnisschwierigkeiten nach, gab Impulse zur Überarbeitung und Verbesserung der Texte, scheute sich aber auch nicht, manche Textvorschläge offen zu kritisieren. Am Ende standen eine ganze Reihe von Texten, die in der Klasse vorgelesen wurden, und die Schülerinnen wählten in einer teilweise sehr kontroversen Diskussion die zur Veröffentlichung bestimmten aus. Dabei handelte es sich meist um lyrische Texte, die sich intensiv mit den Erlebnissen und Bedürfnissen der Schülerinnen befassten.

Elf Texte, darunter auch Koproduktionen, und ein Text von SAID selbst wurden schließlich ausgewählt. Der nächste Arbeitsschritt fand außerhalb der Schule statt: In der Münchner Handsatzwerkstatt „Fliegenkopf“ wurden die Texte unter

fachlicher Anleitung in traditionellem, handwerklichem Bleisatz gesetzt. Je nach Text kamen verschiedenste Schrifttypen, Farbarrangements und Satzanordnungen zum Einsatz, Buchstabe für Buchstabe wurde von Hand gesetzt, Probeabzüge angefertigt und Korrekturen durchgeführt. Eine andere Gruppe erstellte Illustrationen zu den Texten. Ohne wesentliche gestalterische Vorkenntnisse schafften es die Schülerinnen, aus den Texten heraus Anregungen aufzunehmen, diese lyrischen „Vorstellungsbilder“ zu visualisieren und sie dann in Farbe und Form auf verschiedenste Weise zu konkretisieren: Aquarelle, Collagen, Holzschnitte usw. wurde im Siebdruckverfahren als Handabzüge buchstäblich zu Papier gebracht. Ebenso gestalteten die Schülerinnen Einband, Titelseite und Impressum, bevor das Buch mit dem programmatischen und beziehungsreichen Titel „Begegnungen“ endgültig produziert werden konnte.

Natürlich entstanden in diesem Rahmen erhebliche Kosten, die über die Schule alleine keinesfalls zu finanzieren waren. Verschiedene private Sponsoren, aber auch die Stadtparkasse München, der Verein „Lichterkette München“, der Bezirksverband München des VLB sowie die zuständige Fachabteilung des Schulreferats sprangen mit teilweise großzügiger Unterstützung bei. Das vorbildhafte Projekt fand zu Recht große Beachtung in der Münchner Presse, das ent-



PEN-Präsident Said bespricht einen Text mit einer Schülerin

standene Buch wurde nicht nur von Pädagogen als künstlerisch ambitioniertes Werk, geschrieben und gestaltet von jungen Mädchen mit nur geringsten Vorkenntnissen, gewürdigt; die wenigen gedruckten und von SAID handsignierten Exemplare dürften auf Grund der außergewöhnlichen Entstehungsumstände und der hochwertigen Gestaltung auch für bibliophile Sammler von Interesse sein.


Wirklich unschätzbar aber sind die ideellen, didaktischen und pädagogischen Ergebnisse: Die Schülerinnen lernten, dass Engagement auch mit positiven Ergebnissen und würdiger Anerkennung verbunden ist, sie machten erhebliche soziale Lernprozesse durch, gewannen enorm an – nicht nur sprachlicher – Selbstsicherheit und konnten kreativ eigene sprachliche und ästhetische Ideen umsetzen. Die entstandenen Texte zeugen zudem davon, dass das Projekt für viele Schülerinnen geradezu eine therapeutische Funktion hatte,

ihnen ein Ventil für Gefühle und Erlebnisse bot, die sie wohl bislang tatsächlich ‚sprachlos‘ im Sinne des Wortes gemacht hatten: „Zeile für Zeile den Krieg überwinden“ titelte denn auch ein große Münchner Tageszeitung in ihrem Bericht über das Projekt.

Aus didaktischer Sicht bemerkenswert ist insbesondere die auch in den Texten spürbare besondere sprachliche Aufmerksamkeit, die nur durch den fremden Blick auf eine neue Sprache auch dem Muttersprachigen selbst neue Aspekte der eigenen Sprache zu erschließen vermag. Besonders beeindruckend etwa ist der Neologismus „Heimatweh“, dessen konnotative Komponente sich wohlthuend und überraschend von der etwas biedereren Komponente des Wortes „Heimweh“ abzuheben vermag und im konkreten Kontext auch das Leid an und über die (kosovarische) Heimat mit anklingen lässt. Beeindruckt erzählte eine 18-jährige Schülerin nach Abschluss des Pro-

jekts, dass sie ihrer Familie im Kosovo erst ein Exemplar des Buches schicken musste, damit die Angehörigen wirklich glauben konnten, dass sie selbst an einem Gedichtband in der neuen Sprache mitgeschrieben hatte: „Das kann doch gar nicht sein, sagte meine Mutter. Du bist doch erst seit zwei Jahren in Deutschland!“, berichtete sie stolz. Deutlich wird in mehreren Texten vor allem auch, wie schwierig die Migrationssituation emotional zu bewältigen ist:

*Weit von meinem Heim
Lebe ich schon lange.
Ich vermisse meine Freunde.
Ich vermisse mein Haus.
Dass ich hier lebe
Habe ich nicht gedacht.
Der Tag dauert lange.*

Interkulturelle Erziehung bedeutet immer ein Geben und Nehmen, ein gegenseitiges voneinander Lernen; dieses Projekt ist dafür sicherlich ein besonders gutes Beispiel. 

Cornelsen

Besuchen Sie uns in Nürnberg!

Wir sind für Sie da

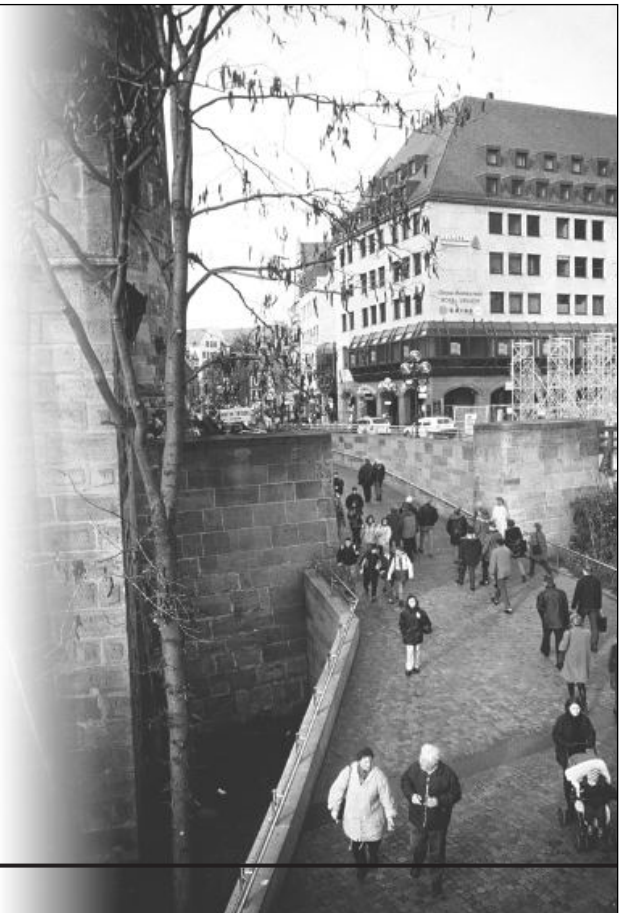
Mit dem Standort in Nürnberg eröffnet am 12. Februar 2001 unser zweites Informationszentrum in Bayern und unser zwölftes in Deutschland. Ab sofort stehen wir Ihnen in der Königstraße 87 von 12 bis 17 Uhr beratend zur Seite. Neben Büchern und Software finden Sie weitere hilfreiche Materialien für Ihren Unterricht. Ein Internet-Anschluss steht bereit.

Und das erwartet Sie ...

Unser neues Informationszentrum liegt zentral in der Innenstadt. Direkt am Königstor, gegenüber dem Hauptbahnhof. Die neuen Räumlichkeiten bieten Ihnen neben einer angenehmen Atmosphäre viel Platz zum Lesen und Ruhe zum Informieren. Interessante Eröffnungsangebote warten auf Sie.

Cornelsen Verlag

14328 Berlin · <http://www.cornelsen.de>



Erlebnispädagogische Woche für Berufsschüler:

Neue Wege gehen — die etwas andere Klassenfahrt



ROBERT SEITZ

Im Winter 2000 absolvierte die 11. Klasse der Heizungsbauer der Staatlichen Berufsschule I Straubing-Bozen mit den Lehrern Karl Schwarzmüller und Robert Seitz eine außergewöhnliche Klassenfahrt. Wir fuhren zu einer erlebnispädagogischen Kurswoche ins Gebirge nach Schwangau nahe dem Schloss Neuschwanstein.

Warum entschieden wir uns für eine erlebnispädagogische Lehrfahrt ?

Die Erlebnispädagogik vermittelt jungen Menschen die Möglichkeit durch neue Erlebnisse und Erfahrungen ihren Handlungsspielraum zu erweitern und fördert die Entwicklung sozialer Fähigkeiten.

Kommunikationsfähigkeit, Kooperation und Toleranz sind wichtige Verhaltensweisen für positives Selbstwertgefühl im persönlichen Zusammenhang und in der schulischen wie beruflichen Ausbildung.

Mit erlebnispädagogischen Ansätzen und Projekten können junge Menschen in einer wichtigen Lebens- und Orientierungsphase unterstützt und befähigt werden, eigene Wege zu gehen und Perspektiven für ihr berufliches Handeln zu formulieren.

Beim Veranstalter OUTWARD BOUND erwartete uns ein abwechslungsreiches Programm mit sehr vielen überraschenden und interessanten Inhalten.

Im folgenden finden Sie eine Zusammenfassung:

Kursbaustein 1

Problemlösungsaufgaben und Initiativübungen, z.B. „the wall“

Charakteristik

Die meist recht umfassenden Aufgaben sind handlungs- und bewegungsorientiert: Sie erfordern gemeinsame Lösungsstrategien und kooperative Realisierungen.

Die Gruppe musste eine 4 m hohe Holzwand ohne Hilfsmittel überwinden. Das Problem war der erste und letzte Mann. Hierzu dachte sich die Gruppe eine Lösungsstrategie aus (Teamwork).

Ziele

- Planungskompetenz
- Kommunikation
- Kooperation
- Abbau von Berührungängsten

- Vertrauen

Kursbaustein 2

Klettern an der 12 m hohen Kletterwand

Im Haus ist eine Kletterwand installiert. Dort lernten die Schüler zuerst die Anseil- und Sicherungstechniken. Beim Klettern war jeder gefordert. Sowohl der Kletterer als auch das zweiköpfige „Bodenpersonal“, das für die Sicherheit verantwortlich zeichnete.

Charakteristik

An der Kletterwand tasten sich die Teilnehmer an ihre physischen und psychischen Grenzbereiche heran.

Ziele

- Bewusste Körperwahrnehmung
- Verantwortung
- Vertrauen
- Toleranz

OUTWARD BOUND

Seit über 50 Jahren führend in den Bereichen:
**Outdoor-Trainings für Auszubildende,
 Fach- und Führungskräfte von Unternehmen,
 Schulen und Soziale Einrichtungen**

Fordern Sie Ihre Unterlagen an:

OUTWARD BOUND
 Nymphenburger Str. 42
 80335 München
 Telefon 089 / 12 15 11-0
 Fax 089 / 12 15 11-10
 ob@outwardbound.de
 www.outwardbound.de

Kursbaustein 3

Hoher Seilgarten in 8 m Höhe

Eine der größten Herausforderungen stellte in dieser Woche der hohe Seilgarten dar. Die Schüler absolvierten einen dreiteiligen Seilparcour. Zuerst musste über einen ca. 8 m langen Baumstamm balanciert werden. Die Sicherung bestand aus einem Seil, das vom zweiköpfigen Bodenpersonal gehalten wurde. Dann wurde ein straff gespanntes Stahlseil überschritten, abschliessend der sogenannte Team-Beamer (= zwei parallel aufgehängte, frei schwebende Balken). Diese Aufgabe konnte nur eine Zweier-Gruppe mit entsprechender Lösungsstrategie bestehen.

Charakteristik

Ein Seilparcour wird zur Herausforderung für den einzelnen bei gleichzeitiger Abhängigkeit von anderen und der Gruppe.

Ziele

- Vertrauen und Selbstvertrauen
- Verantwortung
- Kommunikation
- Teamarbeit

Kursbaustein 4

2-Tages-Bergtour

Charakteristik

Wechselseitige Abhängigkeiten in unbekanntem Gebiet erfordern eine besondere Qualität der Zusammenarbeit.

Ziele

- Zusammenarbeit
- Leistungsbereitschaft
- Ausdauer
- Organisation
- ökologisches Bewusstsein
- Körpererfahrung
- Rücksichtnahme

Diese zweitägige Bergwanderung mit Schneeschuhen führte uns zu einer Hütte in den Bergen bei Füssen. Die Schüler organisierten die Verpflegung (inklusive Kochen auf der Hütte), das Material und die Wanderung dorthin in Eigenregie.

Ein zünftiger Hüttenabend durfte natürlich auch nicht fehlen.



„The wall“

Nach den einzelnen Kursbausteinen schlossen sich Gespräche über das Erlebte an.

Es wurden Möglichkeiten diskutiert, wie diese Erfahrungen sowohl in den beruflichen wie privaten Alltag übertragen werden können.

Konklusion

Den Fachmann der Zukunft zeichnen nicht nur seine Fachkompetenz aus. Es gehören auch andere Kompetenzen dazu, wie z.B. die Methoden-, die Sozial- und die persönliche Kompetenz. Diese lassen sich sehr gut in einem erlebnispädagogischen Kurs entwickeln.

Diesen Zusammenhang haben einige Ausbildungsbetriebe erkannt und förderten die Teilnahme ihrer Lehrlinge.

Alle Schüler sprachen abschliessend von einer sehr interessanten und erfolgreichen Woche.

Einer sagte: „In dieser Woche habe ich neue Freunde in meiner Klasse gefunden!“

Für weitere Informationen stehe

ich Ihnen gerne unter der Schula-dresse zur Verfügung:

Staatl. Frauenhofer Berufsschule I,
94365 Straubing,
Tel.: (0 94 21)9 46 40.

„Wir vermögen mehr als wir glauben. Wenn wir dies erleben, werden wir uns in Zukunft nicht mit weniger zufrieden geben.“

*Kurt Hahn (1886 - 1974)
Gründer von OUTWARD BOUND*

Der **Engel** grübelt,
warum die Menschen
Kriege führen.

Der Engel denkt an den Him-mel. Er denkt an die Kinder und ruft nach seinem Gott.

Landesverband

Die Ehemaligen lassen grüßen

PETER THIEL

Weiter geht's im Text mit unseren Ehemaligen im HV. Wie im Januarheft beschrieben, in Bad Windsheim, aber auch schon davor, gab es eine Wachablösung breiteren Ausmaßes im VLB-Hauptvorstand, dem obersten Entscheidungsgremien des Verbandes zwischen den Vertreterversammlungen.

Unter denjenigen, die sich jetzt mehr oder minder aufs Altenteil zurück ziehen, ist übrigens keine einzige Dame. Der Schluss, dass Frauen ausdauernder wären in der Verbandsarbeit, einen längeren Atem hätten, kann daraus allerdings nicht gezogen werden. Der Umstand ist vielmehr dadurch begründet, dass der HV mit geradezu überwältigender Mehrheit männlich besetzt ist. Ein Anachronismus eigentlich, wenn man sich vor Augen führt, dass das neue Säkulum u.a. als „Jahrhundert der Frau“ tituliert wird. Also, verehrte Kolleginnen, gehen Sie in sich. Es wird gelegentlich wieder gewählt im VLB und da lässt sich die Scharte leicht auswetzen.

Nun zur Sache: Abgeschlossen hatten wir unseren Beitrag im Januarheft mit Dr. Günter Witt aus Weiden, dem Nestor der Bayerischen Wirtschaftsschule, wie wir ihn nannten. Eröffnen wollen wir den heutigen Reigen wiederum mit einem Weidener, nämlich mit Lothar Fischer, der

Rollenwechsel auf dem Schiff: Vom BV-Chef zum Reiseentertainer

16 Jahre lang als Bezirksvorsitzender der Oberpfalz dem HV angehört. Somit genießt er zwar seit langem einen hohen Bekanntheitsgrad im Verband, den Höhepunkt seiner Popularitätskurve aber erreicht er ohne Zweifel im Zusammenhang mit dem 2. VLB-Berufsbildungskongress 1994. Als

Lokalmatador führt er damals in Weiden Regie und ist Garant für den großen Erfolg, den der Kongress in der Max-Reger-Stadt nun mal zeitigt.

Freilich, wie jeder Erfolg, so hat auch dieser viele Väter. Dem Regisseur steht ein großartiges Ensemble zur Seite, doch ein solches fällt nicht vom Himmel, benötigt vor allem einen „Kopf“, der mitreißen kann und begeistern, vor allem aber vertrauensbereit zu delegieren vermag. Letztlich wurzelt Fischers Souveränität damals wie übrigens auch in all den anderen Jahren nicht nur in seiner Mentalität, sondern auch in seiner langjährigen Verbandserfahrung. Er kennt zum Zeitpunkt des Kongresses den VLB aus dem Effeff, hat jede Menge Kontakte, keiner in seinem Umfeld kann ihm etwas vormachen, alles ist für ihn letztlich berechenbar. Das Risiko, mit einer solchen Mammutveranstaltung daneben zu langen, reduziert sich auf ein Minimum.



Vieles geht einem wie Lothar Fischer während der HV-Sitzung durch den Kopf.

In den Sitzungen des Hauptvorstands, bei den Parlamentarischen Abenden mit Vertretern der Landtagsfraktionen oder bei sonstigen Fachveranstaltungen des VLB: Immer ist Lothar Fischer mit ganzer Seele bei der Sache und vertritt die Verbandspositionen des VLB mit ganzer Kraft – wir kennen ihn nicht

anders – wobei ihm sein rhetorisches Geschick, aber auch die genannten Verbandserfahrungen zu Gute kommen.

Eben diese Erfahrungen wurzeln tief. Sie gehen zurück bis auf das Jahr 1965. Damals tritt der junge Maschinenbauingenieur nach zusätzlich dreijährigem Pädagogikstudium am Münchener BPI dem VBB bei. Zu der Mitgliedschaft sei er gekommen wie die sprichwörtliche Jungfrau zum Kind, erklärt er. „Mein Chef an der Weidener Berufsschule war auch Vorsitzender des Kreisverbandes und pflegte mitunter äußerst unkonventionelle Methoden. Jedem Neuen an seiner Schule beispielsweise drückte er gleich beim Einstellungsgespräch den Aufnahmeantrag in die Hand. Was wolltest Du da noch machen?“

Da der Schulleiter bei Lothar Fischer sehr schnell ein ausgeprägtes Verhältnis zur Sprache ausmacht, aninmiert er den jungen Kollegen dazu, die Deutsch-Zusatzprüfung für die BAS abzulegen und „befördert“ ihn gleichzeitig – stets auch das Wohl des VBB vor Augen – zum Pressereferenten des Kreisverbandes. Der agile und sprachgewandte junge Gewerbeoberlehrer baut zur regionalen Presse ein Verhältnis auf, das auch beim Landesverband Aufmerksamkeit erregt und das bald zum Vorbild für andere Kreisverbände wird. Die Pressearbeit anlässlich des Weidener Kongresses '94 profitiert außerordentlich von diesen Kontakten, das sei hier nachdrücklich angemerkt.

Nach dem Zusammenschluss des VBB mit der Standesvertretung der landwirtschaftlichen Berufsschullehrer (VBL) erhält der Verband 1980 eine neue Struktur und Lothar Fischer wird Vorsitzender des KV Oberpfalz Nord. 1984 tritt der bisherige Bezirksvorsitzende der Oberpfalz in den Ruhestand und Fischer rückt geradezu zwangsläufig in dieses Amt nach. Auch bei der Fusion von VBB und VDH ändert sich nichts: Lothar Fischer führt den neuen Bezirksverband in die neunziger Jahre. „Obgleich mir die Arbeit großen Spaß gemacht hat, nach 16 Jahren ist es nun einfach genug“, sagt er Anfang Oktober auf der „Stadt Passau“, jenem Donauschiff, mit dem der BV

Oberpfalz in großem Aufgebot in Richtung Mühlviertel schippert und gleichzeitig unter Deck seine Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen abhält.

Auf dem Schiff dann ein erstaunlicher Rollenwechsel vom BV-Chef zum Reiseentertainer, einem Job, den Fischer weiß Gott wie oft im Leben ausgeübt hat. Das Mikrofon zur Hand kommentiert er Burgen, Schlösser, Sehenswürdigkeiten, philosophiert über Menschen, Sagen und Historie. Aussagen auf gediegenem Niveau, profund und dennoch unterhaltsam. Reisen, seine große Leidenschaft: Soweit er zurück denken kann, ist er unterwegs in den Ferien, um die halbe Welt, vielfach mit Gruppen, die sich seiner Leitung immer wieder anvertrauen. „Müßig aufzuzählen, was ich alles schon organisiert habe“, sagt er, „die allermeisten jedenfalls kamen wieder und gaben mir gute Noten“. In diese Richtung gehen übrigens auch seine Ambitionen nach der Ruhestandsversetzung, die am Ende dieses Schuljahres erfolgt. Er wird Nachfolger von Othmar Doleschal, der seit Jahren für unsere Senioren hochqualifizierte Studienreisen vorbereitet und leitet.

Acht Jahre steht Lothar Fischer als Oberstudiendirektor an der Spitze der Weidener Berufsschule, die den Ruf genießt, die größte im Freistaat zu sein. Zehn Jahre lang war er zuvor Stellvertreter an seiner Schule. Dass er in den schulischen Ämtern gleichzeitig Mitglied zahlreicher fachlicher und überfachlicher Gremien ist, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Nicht erst in den letzten Jahren wird sein Rat in der Region gesucht, wann immer es um Fragen der Berufspädagogik und der beruflichen Bildung geht. Seine ganz besondere Neigung gehört in all seinen Lehrerjahren der BAS. So betrachtet, verabschiedet er sich ziemlich genau zum richtigen Zeitpunkt.

15 Jahre Anwalt unserer Fachlehrer

Wir bleiben in der Oberpfalz. Von dort nämlich kommt Fritjof Martin, auch er ein langjähriges Mitglied des Hauptvorstands, das sich in Bad



Eine ausgeprägte Motorik unterstützt die Argumentation: Fritjof Martin, in einer der vielen Sitzungen des Hauptvorstands, an denen er teilnahm.

Windsheim verabschiedet. Während der zurückliegenden 15 Jahre vertritt Martin in der Verbandsspitze unsere Fachlehrer und deren Interessen. Er tut dies nicht nur mit großer Sachkompetenz, sondern mit ebenso starker innerer Beteiligung, großer Überzeugungskraft und persönlicher Integrität. „Meine Verehrung gilt dem englischen Dichter John Keats, der nach dem Grundsatz lebt: „Pflicht ist die Wahrheit und die Wahrheit ist die Pflicht“, umschreibt Fritjof Martin seine persönliche Philosophie, die natürlich nicht ohne Auswirkung auf die Verbandstätigkeit bleibt.

Zum Referenten für Fachlehrerfragen gewählt wird der in Regensburg Ansässige beim Kemptener Berufsschultag im Herbst 1987. Zuvor hat er bereits beim einschlägigen VBB-Arbeitskreis kräftig mitgemischt, weiß also worauf er sich einlässt, als er in Kempten zur Wahl antritt. Hinter ihm liegen zu diesem Zeitpunkt bereits auch acht Jahre als stellvertretender Vorsitzender seines Kreisverbandes in Regensburg und 13 Jahre Mitgliedschaft beim VBB.

Nach seinem Wahlerfolg in Kempten krepelt er die Ärmel hoch und stürzt sich – seiner Kämpfernote gemäß – in die Arbeit. Der Terminkalender lässt fortan nur noch wenig Raum für Müßiggang: Da sind die Sitzungen des Hauptvorstandes, die ja nicht nur abgesehen werden können, aus denen sich vielmehr immer wieder neue Terminverpflichtungen ergeben. Da sind die parlamentarischen Abende mit Vertretern der Landtagsfraktionen in der Landeshauptstadt, bei denen wichtige Kontakte geknüpft werden, die weiter

verfolgt werden wollen. Da gibt es in schöner Regelmäßigkeit alle möglichen Fachveranstaltungen des Verbandes mit teilweise langen Reisewegen quer durch den Freistaat und über dessen Grenzen hinaus. Da sind die Sitzungen insbesondere des Fachlehrer-Arbeitskreises beim Bundesverband der Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS), die zumeist in Bonn stattfinden, aber auch diejenigen des einschlägigen VLB-Arbeitskreises. Immer wieder müssen – zusammen mit Vertretern der Kreis- und Bezirksverbände – Schriftsätze und Anträge zu Fachlehrerproblemen formuliert werden und immer wieder gibt es auch Gesprächstermine mit einzelnen Parlamentariern aus dem Maximilianeum, mit leitenden Persönlichkeiten aus der Kultusverwaltung oder mit Vertretern des Staatsinstituts für die Fachlehrer-Ausbildung in Ansbach. Der Gehobene Dienst im Verband hat in Fritjof Martin einen zuverlässigen und engagierten Sachwalter seiner Interessen und die Verbandsspitze einen kompetenten Ratgeber für alle Belange unserer Fachlehrer. Deshalb führt auch bei der Fusion von VBB und VDH 1991 kein Weg an Martin vorbei.

Fritjof Martin ist – wie sollte es anders sein – selbst Fachlehrer und wird dazu 1970/71 am Münchener Staatsinstitut ausgebildet. Im Schuljahr 71/72 beginnt er den Dienst an der Staatlichen Berufsschule in Schwandorf und zwar in den Fachbereichen Metall- und Kraftfahrzeugtechnik. Ein Jahr später bereits wechselt er an die Berufsschule 1 nach Regensburg, tritt also in den kommunalen Schuldienst.


1981 avanciert er zum Fachbetreuer für die Praktische Fachkunde an seiner Schule und wird gleichzeitig Werkstattleiter für den Kfz-Bereich. Da an der Schule neu gebaut wird, fungiert er gleichzeitig als Verbindungslehrer zum Architekten, der auf einen fachlichen Rat angewiesen ist. Seit 25 Jahren übt Martin an der Regensburger Berufsschule 1 übrigens das Amt des Sicherheitsbeauftragten aus und ist seit kurzem auch kommissarischer Fachbetreuer PF und Werkstattleiter für die Versorgungstechnik.

Trotz vielseitiger geistiger und standespolitischer Interessen, Fritjof Martin, der geborene Oberfranke – er kommt aus der ehemaligen Grenzstadt Hof – ist immer ein Mann der Praxis geblieben. Dazu tragen auch seine Grunderfahrungen bei: eine umfassende Berufsausbildung als Maschinenschlosser, entsprechende Gesellenjahre und später dann eine

12-jährige Tätigkeit bei den Pionieren der Bundeswehr. „Dort wirst du zum technischen Allrounder“, sagt er.

Beim „Bund“ legt er auch seine Meisterprüfung in der Kfz-Technik ab, worauf er dann seine Fachlehrerlaufbahn aufbauen kann.

„Der Terminkalender hat sich gelichtet seit Bad Windsheim“, sagt Fritjof Martin. Aber noch ist er

stellvertretender Bezirksvorsitzender, noch hat er – Angehöriger des Jahrgangs 40 – ein paar Dienstjahren vor sich. Doch so langsam bereitet er sich auf den Absprung vor, möchte Platz machen für Jüngere, um seinen dritten Lebensabschnitt sinnvoll einzufädeln. In Bad Windsheim hat er den ersten Schritt dazu getan. 

Bezirks- und Kreisverbände

BV Unterfranken

„Das war eine tolle Adventsfahrt“,

so schwärmten viele der rund 180 Teilnehmer der Adventsfahrt des Bezirksverbandes Unterfranken.

Bisher dachte ich immer, ein Römer sei ein Trinkgefäß, aus dem man goldenen Frankenwein trinken könne oder an die Figuren aus den Asterix-Heften, die von den Galliern immer verprügelt wurden. Manchmal dachte ich auch an Römerinnen, die stolz, mit ihrem dunklen Teint, durch Rom flanieren. Als Römer wird aber auch das Rathaus in Frankfurt bezeichnet, das auf dem Römer-Berg steht. Das Rathaus und der Hügel wurden nach einem Kaufmann aus dem Mittelalter benannt, der zur damaligen Zeit intensive Wirtschafts- und Handelsbeziehungen nach Rom pflegte.

Dieser Römer war das Ziel der Adventsfahrt des Bezirks Unterfranken. Aufgeteilt auf drei große Fernreisebusse strömte man, aus Würzburg, Schweinfurt und Aschaffenburg kommend, sternförmig den Römer in Frankfurt zu. Wegen des großen Andrangs reiselustiger und wissbegieriger Kolleginnen und Kollegen musste sogar ein zusätzlicher VW-Bus mit eingesetzt werden.

Bei herrlichem Sonnenschein und

somit hervorragender Stimmung war schon die Hinfahrt geprägt von freudig-erregten Diskussionen und ausgelassenem Gedankenaustausch.

In Frankfurt angekommen wurden wir von unseren Reiseführerinnen empfangen, die uns in einem kurzen Stadtrundgang die wesentlichsten Sehenswürdigkeiten der Frankfurter Altstadt zeigten. Den Erklärungen zur Paulskirche und dem Dom wurde interessiert gelauscht. Anschließend ging es in den Kaisersaal des Rathauses, der durch seine Größe und seinem Prunk beeindruckte. Im anschließend besuchten kunsthistorischen Museum erhielten wir einen Überblick, wie Frankfurt zur Jahrhundertwende aussah. Bekanntermaßen wurde Frankfurt 1944 bei verschiedenen Bombenangriffen fast vollständig zerstört. Nur eins der vielen sehr schönen Fachwerkhäuser blieb damals von der Zerstörung verschont.

Ein kurzer Spaziergang über die „Alte Brücke“ führte uns nach Alt-Sachsenhausen. Dort lud eine typische Äpfelwoi-Wirtschaft zum gemeinsamen Mittagessen ein. Verwundert nahm ein Teilnehmer zur Kenntnis, dass die typische Frankfurter Sauce, die man zur gekochten Ochsenbrust ist, kalt serviert wird. Bevor der Kollege lautstark bei der Bedienung protestieren konnte, klärten ihn die Damen der hauswirtschaftlichen Abteilung auf, dass es so sein müsse. So ging es auch beim Essen munter zu.

Den Nachmittag nutzten viele zu einem (mehr oder weniger geruh-samen) Bummel über den Frankfurter Weihnachtsmarkt. Dort waren aber nicht nur die Kollegen und Kolleginnen des VLB zu treffen sondern viele zehntausend andere Besucher. Mit anderen Worten, es war gerammelt voll. Da die Geschäfte bis 18.00 Uhr geöffnet hatten, nutzten viele dies für weihnachtliche Einkäufe.



Interessiert lauschte ein Teil der VLB-ler der Reiseleiterin, als es um die Frankfurter Banktürme ging.

Gegen 17.30 Uhr trafen wir uns wieder an der Paulskirche, um gemeinsam heimzufahren.

Dieser Ausflug bot eine der wenigen Möglichkeiten mit Kollegen, fernab des schulischen Alltags, einen Tag zu verbringen. Ganz besonders gut hat mir gefallen, dass an dieser VLB-Adventsfahrt sehr viele junge Elternpaare mit ihren Kindern teilgenommen haben. Dadurch gelang es uns, den Altersdurchschnitt, der ja bei Berufsschullehrern, bekanntlich bei genau 50 Jahren liegt, wesentlich zu drücken.

Viele KollegInnen verabschiedeten sich mit den Worten: „Vielen Dank. Es hat uns sehr gut gefallen. Organisiert für nächstes Jahr wieder eine so tolle Fahrt“. Dies wird uns Verpflichtung sein! *Wolfgang Grünfelder*

KV Nürnberg

Jahresabschlussfeier und Ehrung langjähriger Mitglieder

Der Kreisverband hatte sich zur Jahresabschlussfeier mit Ehrung langjähriger Mitglieder etwas Besonderes einfallen lassen. Die VLB'ler trafen sich im traditionellen „Bratwurst-Röslein“ am Nürnberger Hauptmarkt.

Zunächst berichtete Kreisvorsitzender Norbert Schammann über Aktivitäten und Veranstaltungen des abgelaufenen Jahres:

- Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes
- Fachtagung des kaufmännisch-verwalteten Bereichs in Landshut
- Herbstwanderung des VLB unter Leitung unseres Kollegen Heiner Hacker
- VLB-Berufsbildungskongress Bad Windsheim
- Auswirkungen der Strukturreform im beruflichen Schulwesen an B6 und B11

Nach der Ehrung langjähriger Mit-

glieder unterhielt Günther Stössel (Fränkischer Liedermacher) das Publikum auf ganz persönliche Art. Als großer Erfolg erwies sich dabei sein „Nämberch English Spoken“!

Nach diesem „Gschmarri“ (wie wir Franken sagen) trat man dann schließlich „frohgestimmt“ die Heimreise an. *Werner Reichenbach*

Referate und Fachgruppen

FG Bautechnik

Fachgruppen-Info

Die Fa. PERI GmbH, Weißenhorn, weltweit führender Hersteller von Schalungen und Gerüsten bietet Ihnen zur Verwendung im Unterricht kostenlos „ELPOS“ an. ELPOS ist eine auf die Produktpalette der Fa. PERI zugeschnittene Schalungsplanungs-Software, mit der Sie „elektronisch“ Schalungen z.B. für Wände und Decken mit beliebigen Grundrissen ausführen können. Gerade jetzt, nach Einführung der neuen Lehrpläne, kann dies für manchen Kollegen vor Ort eine sinnvolle und motivationsfördernde Unterrichtshilfe bedeuten. Dazu bietet die Fa. PERI bei Bedarf auch Schulungen an. Wenden Sie sich bitte an Thomas Schauber. [E-Mail: thomas.schauber@peri.de](mailto:thomas.schauber@peri.de)

Außerdem bietet die Firma PERI eine große Palette von unterrichtsbegleitenden Dokumentationen wie Filme, Prospekte, Aufbau- und Verwendungsanleitungen etc. und informative Besuche im Stammhaus in Weißenhorn an. Wenden Sie sich in diesem Fall bitte an Wolfgang Fehr. [E-Mail: wolfgang.fehr@peri.de](mailto:wolfgang.fehr@peri.de)

Postanschrift:
PERI GmbH
Rudolf-Diesel-Straße 19
89264 Weißenhorn
Tel.: 0 73 09/950-162, Fax: 950-302

Referendare

Multimediales Hauptseminar an der Wirtschaftsschule Weiden:

Förderung der Medienkompetenz bei Referendaren

Das Staatliche Studienseminar Ostbayern, Fachrichtung Wirtschaftswissenschaften, hielt am 15. Dezember 2000 seine Hauptseminarsitzung an der Staatlichen Wirtschaftsschule Weiden ab. Es war dies das erste Mal, dass die Seminarsitzung nicht in Regensburg stattfand. Der Termin beinhaltete ein zentrales Thema der Lehrerbildung: Medienkompetenz. Seminarvorstand Manfred Schultznahm gerne die Einladung von Schulleiter Dr. Günther Witt und Werner Schwab an, nachdem die Wirtschaftsschule Weiden auch für die gute EDV-technische Ausstattung bekannt ist.

Gerade den Studienreferendaren sollte Einblick in alle beruflichen Schularten gewährt werden. Neben der Fähigkeit an Berufsschule, Fach- und Berufsoberschule und selbstverständlich der Wirtschaftsschule, bieten Seminartage an dieser Schulart eine Möglichkeit, die Wirtschaftsschule besser kennenzulernen.

Neuerungen

Das Programm war vielseitig und interessant zugleich gestaltet. Zu Beginn wurden den Studienreferendaren die entscheidenden Neuerungen hinsichtlich der Wirtschaftsschule als Schulart, insbesondere die rechtliche Verankerung im BayEUG, durch Schulleiter Dr. Witt vorgestellt. Der für die Wirtschaftsschulen bekannte fachkundige Referent zeigte dabei die Änderungen der Wirtschaftsschulordnung (WSO) auf und ging auf die neuen Lehrpläne ein.

Im Anschluss und im Mittelpunkt der Seminarveranstaltung stand der Einsatz moderner Medien im Unterricht. Dabei wurden zeitgleich zwei verschiedene Workshops angeboten, wobei eine Aufteilung in zwei Gruppen mit anschließendem Wechsel erfolgte.

Workshop multimediale Präsentation

Der erste Workshop wurde von Werner Schwab geleitet und beinhaltete die Grundlagen multimedialer Präsentation. In der Anwendung verbindet Multimedia Text, Ton, Grafik, Fotos, Computeranimation, Film- und Videosequenzen unter einer einheitlichen Benutzeroberfläche auf dem Bildschirm. Mit der Zusammenführung dieser Komponenten wird es prinzipiell möglich, Daten aller Art aufzubereiten, zu speichern und sowohl offline als auch online einem breiten Publikum zu präsentieren. Damit eröffnen sich potentiell unbegrenzt viele neue Anwendungsformen, die sich mit Multimedia ergeben. In der Fortbildung wurden die an Multimedia beteiligten Komponenten betrachtet, ihre Technik und Handhabung sowie die zugrundeliegenden Konzepte und Anwendungen dargestellt. In diesem Zusammenhang sollten folgende Fragen kritisch reflektiert werden: Auf welche Art und Weise können multimediale Anwendungen im Unterricht eingesetzt werden? Wie können Schüler und Lehrer gemeinsam multimediale Präsentationen erstellen? Welche Grundüberlegungen sind im Rahmen einer zielgerichteten Imagepflege und Eigenwerbung von Seiten der Schule anzustellen? Wie können Schüler Medienkompetenz erreichen? Wo



Das Bild zeigt die Referenten. Stehend von links nach rechts: Bernhard Kleierl, Michael Bäumler, Dr. Günther Witt, sitzend: Werner Schwab.

liegen für die Institution Schule spezifische Chancen und Grenzen einer multimedialen Selbstdarstellung?

Schwab referierte zunächst über die Grundlagen multimedialer Präsentation (Begriff, technische Voraussetzungen, Software usw.). Im Anschluss daran legte er den Schwerpunkt seiner Ausführungen auf die Erstellung einer multimedialen Präsentation mit dem Programm „Astound 6.0“. Es folgte die Darstellung des Entstehungsprozesses einer multimedialen Präsentation von der Auswahl des Rohlings über das Erstellen bis zum Brennen auf die CD. Auch das Beschriften der CD mit einem CD-Labeler wurde vorgeführt. Alle Kollegen waren von der benutzerfreundlich Handhabung dieses Tools begeistert und sehr schnell überzeugt, dass auch die Schüler das Handling der vorgeführten Programme „spielend“ erlernen können. Deshalb ist die Multimedia-Formel ganz einfach: Sehen, hören, selber machen – Faszination, die fesselt!

Workshop DV-Unterricht

Der zweite Workshop geleitet von Michael Bäumler und Bernhard Kleierl behandelte zum einen den DV-Unterricht an beruflichen Schulen. Hierbei wurden neben grundsätzlichen Sachverhalten den Referendaren einige exemplarische Unterrichtseinheiten vorgestellt, um praktische Anregungen für den eigenen DV-Unterricht zu geben. Ferner wurden in diesem Zusammenhang zahlreiche unterstützende Medien für einen interessanten, abwechslungsreichen und zugleich erfolgsversprechenden Unterricht präsentiert. Dabei wurden auch Wege und Möglichkeiten für die Entwicklung eines Wahlfachangebots im DV-Bereich aufgezeigt und hierbei exemplarisch das Wahlfach „Internet“ sowie die „Homepageerstellung“ der Wirtschaftsschule Weiden vorgestellt. Das Angebot von Wahlfächern wird unter anderem, nach Ansicht der beiden Referenten, für die Profilbildung einer Angebotsschule in Zukunft immer bedeutender werden.

Die sinnvolle Einbindung des Internets in den Unterricht an beruflichen Schulen demonstrierte Bern-

hard Kleierl anhand einer Unterrichtseinheit im Fach Sozialkunde zum Thema „Bayerischer Landtag“. Abschließend wurden durch Michael Bäumler noch die Grundzüge der Homepageerstellung mittels Microsoft Frontpage vorgestellt.

Zum Abschluss der Seminarveranstaltung besichtigten die Studienreferendare die weiteren Räumlichkeiten der Wirtschaftsschule Weiden. Werner Schwab gab dabei insbesondere einen Einblick in den Unterricht im Fach „Übungsfirmenarbeit“, welches gezielt auf die Förderung von Schlüsselqualifikationen bei den Schülern durch Verknüpfung von theoretischem Wissen mit praktischem Handeln abstellt. Für einige Studienreferendare, welche im Rahmen ihrer Ausbildung nicht an Wirtschaftsschulen eingesetzt waren, war dies sehr interessant und hilfreich zugleich, nicht nur für die zukünftige berufliche Orientierung.

Einhellig war man der Meinung, dass die Hauptseminarveranstaltung dazu beigetragen hat, Medienkompetenz zu fördern und auch Anregungen für die Vorbereitung und Durchführung von DV-Unterricht zu liefern. Jedoch konnten einige Aspekte bei der Vielzahl der Themen nicht detailliert behandelt werden, so dass für zukünftige Veranstaltungen der zeitliche Rahmen etwas erweitert werden müsste.

*Michael Bäumler
Bernhard Kleierl, Werner Schwab*

Der VLB ist online ...

Der VLB ist auch online zu erreichen.

Unsere Homepage finden Sie unter der Adresse

<http://www.vlb-bayern.de>

Senioren

Seniorenreise 2001 in die Bretagne

Im Rahmen der Seniorenbetreuung lädt der VLB zur Teilnahme an dieser Studienreise ein.

- Reisetermin:** Freitag, 31. August bis Samstag, 08. September 2001 (9 Tage)
- Reiseweg:** München – Augsburg – Karlsruhe – Metz – Reims – Le Mans – Rennes – Saint-Malo – Morlaix – Quimper – Carnac – Le Mans – Nancy – Straßburg – Augsburg – München
- Programm:** Besichtigung des Mont Saint-Michel, der Korsarenstadt Saint-Malo und Besuch des deutschen Soldatenfriedhofs Mont de Huisnes; Rundfahrt über das Gezeitenkraftwerk an der Mündung der Rance in die mittelalterliche Stadt Dinan und nach Dol-de-Bretagne; Fahrt entlang der Côte d'Émeraude („Smaragdgrüne Küste“) zum Cap Fréhel, weiter über Saint-Brieuc, entlang der Küste zum Fischereihafen Paimpol, nach Trégastel und Morlaix; Fahrt in das Zentrum des Finistère zu den „umfriedeten Pfarrbezirken“ in Saint-Thégonnec, Guimiliau, Lampaul; Rundgang in Quimper; Rundfahrt über Audierne zur Pointe du Raz (westlichster Punkt Frankreichs), Abstecher nach Locronan; Fahrt über Lorient nach Carnac, weiter über Locmariaquer nach Le Mans; – Heimreise. Geringfügige Programmänderungen sind möglich.
- Leistungen:** Im Reisepreis sind enthalten:
- alle Fahrten im modernen Fernreisebus mit Kühlbox, Bordküche, WC;
 - qualifizierte Reiseleitung in Frankreich in deutscher Sprache;
 - alle Eintritte und Trinkgelder (außer Hotels und Restaurants);
 - Unterbringung in ** und *** Hotels mit 8 x Halbpension (Übernachtung, Frühstücksbuffet, Abendessen);
 - umfassendes Versicherungspaket (Reisegepäck-, Reiseunfall-, Reisehaftpflicht-, Reiserücktrittskosten-, Reisekranken- und Reiserücktrittsversicherung sowie Insolvenzabsicherung).
- Reisepreis:**
- | | |
|-----------------------|-------------|
| pro Person im DZ | |
| bei 40 Teilnehmern | 1.394,00 DM |
| ab 45 Teilnehmern | 1.344,00 DM |
| EZ-Zuschlag insgesamt | 341,00 DM |
- Reiseveranstalter:** im Sinne des Reiserechts ist die Fa. STUDYTOURS, 80799 München, Adalbertstraße 23, deren Geschäftsbedingungen – sie können eingesehen werden – Geschäftsgrundlage sind.
- Anmeldung:** Die verbindliche Anmeldung mit Zimmerwunsch (EZ oder DZ) und im DZ mit Belegpartner/in und Zustiegsort (München oder Augsburg) bis spätestens 10. März 2001 an:
VLB-Geschäftsstelle, Dachauer Straße 4, 80335 München
- Die Sitzverteilung im Bus erfolgt von vorne nach hinten in der Reihenfolge der Anmeldungen.
- Reisebestätigung:** Die schriftliche Reisebestätigung erhalten Sie innerhalb von 14 Tagen nach dem Anmeldeschluss.

Personalien

Neuer Leiter der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung

HEIKO POHLMANN

„Thomas Sachsenröder will die Schulreformen mit Fortbildungsangeboten begleiten und den Dialog mit Wissenschaft und Wirtschaft verstärken“, so heißt es in einer Meldung in der Süddeutschen Zeitung vom 30. Dezember 2000 mit dem Titel „Lehrer-Akademie in Dillingen hat neuen Leiter“. Damit übernimmt erstmalig ein Berufspädagoge die Leitung der zentralen bayerischen Lehrerfortbildungsstätte für alle Lehrämter in Dillingen.



Bekannt durch sein äußeres Markenzeichen, die Fliege, und sein inneres Markenzeichen, wenn man das so nennen kann, die Menschlichkeit, Kollegialität und Kooperation, hat er zum 1. Januar 2001 die Nachfolge von Direktor Ludwig Häring angetreten.

Der VLB gratuliert zu dieser Ernennung und wünscht seinem Mitglied in der neuen Tätigkeit ebensoviel Geschick, Erfolg und Durchhaltevermögen wie dies sein Vorgänger gezeigt hat!

Seit 1978 im Schuldienst unterrichtete Sachsenröder zunächst am Städtischen Berufsbildungszentrum für Industrie, Finanz- und Verkehrswirtschaft in München, war Mitarbeiter

der staatlichen Schulaufsicht für Berufs- und Berufsaufbauschulen im Schulreferat der Landeshauptstadt München und Referent für die kaufmännischen und weiterführenden beruflichen Schulen bei der Regierung von Oberbayern. Seit 1991 arbeitete er im Kultusministerium als Leiter des Referates für kaufmännische berufliche Schulen.

Weit reichende Aufgaben im Bereich der Lehrerfortbildung für die beruflichen Schulen warten auf den neuen Leiter der Akademie.

So stellt die Bund-Länder-Kommission von 2001 an mit einer Laufzeit von vier Jahren insgesamt 24 Millionen DM für die Fortbildung der Lehrer an beruflichen Schulen zur Verfügung.

Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmann legte jetzt für die Bundesrepublik ein 255-Millionen-DM-Programm zur Modernisierung der Berufs- und Berufsfachschulen und zur Fortbildung der Lehrer an beruflichen Schulen vor. Die Mittel dafür kommen ausschließlich aus den Zins Erlösen der UMTS-Auktion.

Diese enormen Summen für die Fortbildung müssen auch in der zentralen Lehrerfortbildung sinnvoll und effektiv eingesetzt werden, um den beruflichen Schulen die Qualitätssicherung und Qualitätssteigerung zu gewährleisten, die von den verantwortlichen Funktionären der Wirtschaftsverbände so dringend gefordert werden.

Die bisherigen Anstrengungen im Bereich der Lehrerfortbildung waren sicher schon sehr gut, um aber die beruflichen Schulen noch weiter auf den gewünschten Modernisierungskurs zu bringen, müssen die Anstrengungen noch vergrößert werden. Hier freut sich der VLB, dass er in Thomas Sachsenröder schon immer einen kompetenten, sach- und fachkundigen Kollegen gefunden hat und hofft, dass er auch in Zukunft für alle Probleme der Lehrerfortbildung und Personalführung für die beruflichen Schulen ein offenes Ohr haben wird.

In memoriam Willi Bahr

Ende November verstarb in Hassfurt im Alter von 88 Jahren Willi Bahr, eines der Gründungsmitglieder unseres heutigen VLB. Bahr gilt als Vater der 'BAS', war es doch seiner Initiative zu verdanken, dass in seiner Heimatstadt die erste Berufsaufbauschule in Bayern eingerichtet wurde. Über Jahrzehnte hinweg setzte er sich als engagierter Berufspädagoge in seinem Lehrerverband für die Belange der Lehrer an beruflichen Schulen ein. *Christoph Stumpf*

Wir gratulieren im März zum ...

... 90. Geburtstag

Krauss, Karl, 29.03.
91757 Treuchtlingen, KV Mfr.-Süd

... 85. Geburtstag

Jilg, Herta, 03.03.
83278 Traunstein, KV Traunstein-BGL
Stoffel, Gertrud, 10.03.
97688 Bad Kissingen, KV Main-Rhön

... 75. Geburtstag

Röhl, Josef, 05.03.
84140 Gangkofen, KV Ndb.-Ost
Rehbogen, Michael, 20.03.
92237 Sulzbach-Rosenberg,
KV Amberg-Sulzbach
Schwope, Hans-Joachim, 28.03.
86720 Nördlingen, KV Nordschwaben

... 70. Geburtstag

Kukla, Elfriede, 02.03.
63814 Mainaschaff, KV Untermain
Stempfle, Walter, 04.03.
86356 Neusäß, KV Augsburg
Arneth, Dietrich, 12.03.
90451 Nürnberg, KV Nürnberg
Lankes, Anton, 21.03.
93466 Chamerau, KV Cham
Dietrich, Konrad, 24.03.
86415 Mering, KV Augsburg
Müller, Siegfried, 30.03.
82402 Seeshaupt, BV München

... 65. Geburtstag

Metzner, Hans-Dieter, 02.03.
96049 Bamberg, KV Bamberg-Forchh.
Otter, Christine, 05.03.
85586 Poing, BV München
Deiml, Helga, 08.03.
80687 München, BV München
Klein, Gisela, 10.03.
83346 Bergen, KV Traunstein-BGL
Namberger, Ludwig, 12.03.
83371 Stein an der Traun, KV Traunstein-BGL
Klee-Tillhon, Walburga, 13.03.
97084 Würzburg, KV Main-Rhön
Steber, Anton, 15.03.
89415 Lauingen, KV Nordschwaben
Behrer, Marianne, 16.03.
94034 Passau, KV Ndb.-Ost
Weirauch, Peter, 18.03.
91054 Erlangen, KV Mfr.-Nord
Simon, Heinz, 18.03.
87600 Kaufbeuren, KV Allgäu

... 60. Geburtstag

Meinl, Günter, 04.03.
83365 Nußdorf, KV Traunstein
Waltenberger, Franziska, 04.03.
97702 Münnerstadt, KV Main-Rhön
Müller, Werner, 07.03.
97267 Himmelstadt, KV Würzburg
John, Fritz, 08.03.
90419 Nürnberg, KV Mfr.-Süd
Wührer, Günther, 09.03.
91058 Erlangen, KV Mfr.-Nord
Kröner, Gertrud, 10.03.
92318 Neumarkt, KV Neumarkt
Völkl, Georg, 17.03.
92224 Amberg, KV Amberg-Sulzbach
Opetnik, Ernst, 21.03.
83135 Schechen, KV Rosenheim Miesb.
Seidl, Margarete, 21.03.
84036 Kumbhausen, KV Landshut
Bauer, Josef, 22.03.
84036 Landshut, KV Landshut
Gattinger, Karl, 24.03.
81475 München, KV Obb.-Südwest
Niemann, Dr. Elke, 24.03.
91522, Ansbach, KV Mfr.-Süd
Hauenstein, Klaus, 26.03.
90451 Nürnberg, KV Nürnberg
Rose, Albert, 29.03.
94333 Geiselhöring, KV Donau-Wald
Hegmann, Ulrich, 31.03.
91448 Emskirchen, KV Nürnberg

In den Ruhestand sind gegangen ...

Amberg, Gerhard, KV Donau-Wald
Guthunz, Paul Horst, KV Nürnberg
Helmsorig, Gerhard, KV Mfr.-Nord
Krätschell, Susanne, KV Mfr.-Nord
Lenzner, Karl-Heinz, KV Mfr.-Nord

von Mengden, Adele, KV Nordschwaben
 Röde, Dieter, BV München
 Roos, Werner, Ofr.-Nordwest
 Weirauch, Peter, KV Mfr.-Nord

Wir trauern um ...

Auer, Hugo, KV Würzburg (70)
 Liebler, Fritz, KV Untermain (86)
 Wabersich, Ernst, KV Altötting-Mühldorf (77)

Aus dem Landtag

Beschluss

**Antrag der Abgeordneten Dr. Kempfler, Knauer, Herrmann u.a. CSU
 Drs. 14/4133, 14/5211
 Prävention gegenüber Jugendkriminalität; Verstärkte Zusammenarbeit zwischen Schulen und Polizei**

Die Staatsregierung wird aufgefordert, unter Berücksichtigung der derzeit laufenden Vorbereitungsphase des Projekts „Prävention im Team“ über Strategien und Maßnahmen sowie deren Inhalte für eine verstärkte Zusammenarbeit von Schulen und Polizei sowie über den gegebenenfalls erforderlichen gesetzlichen Änderungsbedarf dem Landtag bis zum 31.01.2001 zu berichten.

DS 14/5353

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maget, Wahnschaffe, Werner u.a. und Fraktion SPD, Drs. 14/4778

Ausbildung in der Altenpflege verbessern, Pflegenotstand vermeiden, keine Klage der Staatsregierung vor dem Bundesverfassungsgericht gegen „Gesetz über die Berufe in der Altenpflege (Altenpflegegesetz)“

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 CSU: Ablehnung
 SPD: Zustimmung
 B90/Grüne: Zustimmung
 Ablehnung empfohlen.

DS 14/5051

Anträge der CSU

Schule und Wirtschaft II

Die Staatsregierung wird aufgefordert, in den Lehrplänen aller Schularten die veränderte Situation der Wirtschaft – z. B. neue Wirtschaftszweige wie E-commerce – angemessen zu berücksichtigen.

Damit soll erreicht werden, dass:

1. der Sinn und Zweck von Globalisierung und internationaler Arbeitsteilung erkannt wird,
2. die zunehmende Bedeutung wirtschaftlicher Aspekte im Zusammenhang mit der Nutzung des Internets auch im alltäglichen Leben der Schüler vermittelt wird,
3. die Bedeutung des Internets für den Arbeitsmarkt der Zukunft, als Motor für Veränderungen und als expandierender Wirtschaftszweig in Bayern wie auch im nationalen und internationalen Wirtschaftsgefüge dargestellt wird,
4. damit die Wettbewerbsfähigkeit des Schulstandortes Bayern sowohl im nationalen als auch im internationalen Vergleich erhalten bleibt.

DS 14/4997

Kontinuität in der Altenpflegeausbildung sichern

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. die Grundsatzfrage der Zuständigkeit zur Regelung der Altenpflegeausbildung höchstrichterlich klären zu lassen und
2. dafür Sorge zu tragen, dass es bis zur Klärung dieser Frage zu keiner Benachteiligung bayerischer Altenpflegeschulen und Altenpflegeschülerinnen und -schüler kommt.

DS 14/4941

Änderung der Ferienordnung in Bayern

Die Staatsregierung wird aufgefordert zu prüfen, ob künftig die Ferienordnung in Bayern dahingehend geändert werden kann, dass die Sommerferien um eine halbe Woche verkürzt und dafür die Faschingswoche schulfrei gestellt wird.

DS 14/4986

Fortbildung und Weiterbildung für den Veränderungsprozess auf dem Arbeitsmarkt besser nutzen; Motivationskampagne

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei Arbeitgeberverbänden, Kammern, Gewerkschaften und der Arbeitsverwaltung sowie im öffentlichen Dienst eine gezielte Motivations- und Informationskampagne durchzuführen, die darauf abzielt, das Bewusstsein für die Notwendigkeit von lebenslanger Fort- und Weiterbildung zur Wahrung der persönlichen und fachlichen Kompetenzen des Einzelnen auf dem sich verändernden Arbeitsmarkt weiter zu stärken.

Dabei soll deutlich werden, dass neben den arbeitsplatzbezogenen Maßnahmen der Betriebe in Zukunft der einzelne Arbeitnehmer selbst Verantwortung für seine Qualifizierung und Beschäftigungsfähigkeit trägt.

DS 14/4995

Anträge der SPD

Klarheit bei den Berufsbezeichnungen der Lehrkräfte im Förderschulbereich

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die im Förderschulbereich und bei Förderlehrkräften bestehende Begriffsverwirrung zu beenden und für klare Berufsbezeichnungen zu sorgen.

Begründung:

Derzeit ist es so, dass die für den Einsatz an Förderschulen sonderpädagogisch ausgebildeten Lehrkräfte entsprechend dem früher für die Förderschulen verwendeten Begriff die Bezeichnung Sonderschullehrer/in, Sonderschulrektor/in, Sonderschulkonrektor/in usw. führen.

Die Berufsbezeichnung „Förderlehrer bzw. Förderlehrerin usw.“ hingegen wird geführt von den vorwiegend im Grundschulbereich eingesetzten Förderlehrkräften (früher „Pädagogische Assistenten“).

DS 14/5182

Aufbruch zur zieldifferenten Integration, Integrationspädagogische Aus- und Fortbildung aller Lehrämter

Die gemeinsame schulische Erziehung von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung hat zur Konsequenz, dass künftig Lehrerinnen und Lehrer aller Lehrämter während des Studiums (und Vorbereitungsdienstes) auf die Aufgaben der gemeinsamen Erziehung und des gemeinsamen Unterrichtes vorzubereiten sind.

DS 14/4908

Rechtsverordnung zur Regelung des verpflichtenden Ansparmodells

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die angekündigte Rechtsverordnung zur Regelung des verpflichtenden Ansparmodells erst dann zu erlassen, nachdem der Entwurf dem Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes vorgelegt und dort beraten wurde.

Begründung:

Nachdem die Ermächtigungsnorm zur Regelung des verpflichtenden Ansparmodells aus dem Gesetzentwurf zur Änderung beamten- und richterrechtlicher Vorschriften (Drs. 14/4331) durch Änderungsantrag der CSU-Landtagsfraktion und Beschlussfassung im federführenden Ausschuss durch die Mehrheitsfraktion herausgenommen wurde, ist das Parlament bezüglich der Ausgestaltung des Ansparmodells nicht beteiligt. Außerdem wurden die Beteiligungsrechte der Spitzenorganisationen u. E. im Rahmen des Gesetzentwurfes verletzt. Bei dieser für den betroffenen Personenkreis grundsätzlichen Frage der Gestaltung der Ar-

beitszeit ist jedoch nicht nur die Beteiligung der Spitzenverbände, sondern auch die Beratung durch das Parlament dringend angezeigt.

DS 14/5105

Übernahme kommunaler Gymnasien, Real- und Wirtschaftsschulen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die beantragten Übernahmen kommunaler Gymnasien, Real- und Wirtschaftsschulen zu realisieren und die hierfür erforderlichen Planstellen und haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

DS 14/5179

Termine

Lehrerfortbildung am Lehrstuhl für Pädagogik der TUM

Handlungsorientiertes Lernen – Multimedia im Unterricht

Termin: 5./6. März 2001
Ort: TU München, Lothstr. 17

Ziel dieser Fortbildung ist es, aktuelle Entwicklungen aus der Lehr- und Lernforschung für modernen beruflichen Unterricht aufzuzeigen. Die thematischen Schwerpunkte sind „Handlungsorientiertes Lernen“ und „Multimedia im Unterricht“. Am Beispiel von unterschiedlichen Unterrichtskonzepten, die während der letzten Jahre erprobt und untersucht wurden, sollen insbesondere die Umsetzungsmöglichkeiten in die berufliche Praxis vorgestellt und diskutiert werden.

Weitere Informationen und Anmeldung unter:
<http://www.paed.ws.tum.de/aktuelles>

Die soziale Situation in Russland

U. a. ein Thema der Fortbildung des Ostkundeseminars.

Termin: 31. März 2001
Ort: Nürnberg

Nähere Einzelheiten bei:
Ulf Beier, Jul.-Schieder-Str. 3,
91781 Weißenburg, Tel.: (0 91 41) 38 69;
E-Mail: BEIER.ULF@wugnet.de

Fortbildungsangebote des Fachverbandes Textilunterricht e.V.

Hand – Arbeit

Der Fachverband führt im Laufe des ersten Halbjahres verschiedene Fortbildungen durch.

Nähere Informationen bei:
Marlene Seedig, Grotiusstrasse 5,
85051 Ingolstadt; Tel.: (08 41) 7 76 14;
E-Mail: RMSeedig@t-online.de

In eigener Sache – Termine zum Vormerken:

Tag der Bayerischen Wirtschaftsschule: „Die Bayerische Wirtschaftsschule – Garant für Erfolg in der Wirtschaft und im Leben.“

Termin: 24. März 2001
Ort: Berufsinformationszentrum (BIZ) des Arbeitsamtes München, Kapuzinerstraße 30, 80337 München

Für den Vormittag hat Frau Staatsministerin Hohlmeier ihr Kommen zugesagt und wird sicher auf interessante Aspekte hinsichtlich der Wirtschaftsschulen nach der Neuordnung der Sekundarstufe I eingehen.

Der Nachmittag bleibt den Arbeitsgruppen vorbehalten, für die genügend Diskussionsstoff ansteht, bedenkt man z. B. die vorgesehenen Änderungen in der Abschlussprüfung 2002 oder die neugefasste Wirtschaftsschulordnung.

VLB-Fachtagung: „Berufliche Schulen als Kompetenzzentren“

mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Schule

Termin: 31. März 2001
Ort: Ingolstadt
Genaueres im nächsten Heft.

Wochenendseminar für Studenten des Lehramts an beruflichen Schulen/ Diplom-Handelslehrer

Termin: 30/31. März 2001
Ort: Akademie Schloss Hohenkammer, Schlossstraße 20, 85411 Hohenkammer

Anmeldungen über die VLB-Geschäftsstelle erforderlich.

VLB-Fachtagung: „Fremdsprachen im neuen Jahrtausend – Eintritts- karte in ein Europa ohne Grenzen“

Termin: 5. Mai 2001
Genaueres im nächsten Heft.

Wochenendseminar für Studienreferendare des Lehramts an beruflichen Schulen

Termin: 11./12. Mai 2001
Ort: Würzburg

Anmeldungen über die VLB-Geschäftsstelle erforderlich.

Fachveranstaltung für Fachgruppen- und Arbeits- kreisleiter im VLB

Termin: 23. Juni 2001
Genaueres im nächsten Heft.

Dienstrecht

Informationen von Manfred Greubel



Besoldungsanpassung 2000: Fehlanzeige

Die Feststellung muss leider getroffen werden, da der Gesetzentwurf der Bundesregierung eine Anpassung erst ab dem 1. Januar 2001 vorsieht. Damit zeigt sich deutlich, welchen Stellenwert die Beamten für die Bundesregierung haben. Blickt man zurück und verfolgt den Weg, bis es überhaupt zu diesem Gesetzentwurf gekommen ist, dann wird deutlich, dass beim Beamtenverhältnis als einem besonderen Dienst- und Treueverhältnis die faire Gegenleistung ausbleibt, obwohl das Bundesbesoldungsgesetz diesen Anspruch gesetzlich normiert hat.

Die Bundesregierung wollte die Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge ursprünglich in Höhe von 0,6 %. Dies sollte in einem Gesetzespaket zur Änderung des Wohngeldes und anderer Gesetze erfolgen. Durch einen geschickten Schachzug über den Bundesrat ist es gelungen, dass die Anpassung der Bezüge nicht in der Höhe des Inflationsausgleichs erfolgte. Der Bundesrat wollte das Wohngeldgesetz nicht blockieren, aber der Bezügeanpassung nicht zustimmen. Deshalb wurde der Vermittlungsausschuss angerufen. Dieser gab mit Beschluss vom 15. Dezember 1999 die Empfehlung ab, die Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge aus dem Gesetzentwurf zu nehmen und sie als eigenständiges Gesetz einzubringen. Dieser Empfehlung ist der Bundestag gefolgt. Der Bundesrat hat dann am 17. Dezember 1999 dem Gesetz die Zustimmung versagt. Dann war Funkstille auf Bundesebene. Auf bayerischer

Ebene fanden intensive Gespräche statt. Es wurde von der Bayerischen Staatsregierung mitgeteilt, dass sie für eine Übernahme des Tarifergebnisses eintritt.

Dieser Richtung entsprach ein Entschließungsantrag des Landes Baden Württemberg, mit dem Ziel, dass der Bundesrat in seiner Sitzung am 14. Juli 2000 die Bundesregierung auffordert, den Tarifabschluss auf die Beamten zu übertragen. Diesem Antrag wurde jedoch nicht entprochen. Er wurde in die Ausschussberatung verwiesen. Bereits zu diesem Zeitpunkt zeigte sich, dass wohl nicht mit einer inhaltsgleichen Übernahme seitens des Bundesrates zu rechnen ist.

Die Bundesregierung verabschiedete sich in die Sommerpause ohne im geringsten an einen Gesetzentwurf zu denken. Der DBB hat in einer Anzeigenkampagne dem Bundeskanzler deshalb auch schöne Ferien gewünscht und deutlich auf den Missetand hingewiesen.

Es dauerte dann bis Ende September 2000, bis der Bundesinnenminister dem DBB einen Gesetzentwurf im Rahmen des Beteiligungsverfahrens vorlegte. Etwa zeitgleich brachte die FDP-Fraktion einen Gesetzentwurf in den Bundestag ein. Dieser sah eine deckungsgleiche Übernahme des Tarifergebnisses vor. Am 10. Oktober 2000 folgte eine Gesetzesinitiative der CDU/CSU-Fraktion mit dem gleichen Inhalt.

Bereits während des Beteiligungsverfahrens hat der DBB zunächst verhalten und dann nach genauerem Überlegen jedoch heftige Kritik an dem Entwurf geäußert. Noch klarer und deutlicher fiel die Ablehnung durch den BBB aus. Dies ist den entsprechenden Veröffentlichungen – Pressemitteilungen und den BBB-Nachrichten – zu entnehmen. Hier soll auf diese unterschiedliche Darstellung nicht noch einmal eingegangen werden, obwohl es dazu herausfordert. Doch all diese Darstellungen ließen den Bundesinnenminister nicht ein Jota von seinem Entwurf abweichen. Nicht verständlich ist auch, dass unser Mitglied und Bundestagsabgeordneter, Peter Enders, in seinem in Wirtschaft und Erziehung veröffentlichten Leitartikel von einem hinnehmbaren Ergebnis sprechen kann. Dieses Ergebnis ist alles andere als hinnehmbar. Es sei denn, man muss mit allem zufrieden sein, was aufgetischt wird. Wie sieht er nun aus der gedeckten Tisch?

Inhalt des Gesetzentwurfes der Bundesregierung

- Erhöhung
 - ab 1. Januar 2001 um 1,8 %
 - ab 1. Januar 2002 um 2.2 %
 (der Versorgungsabschlag ist dabei bereits berücksichtigt).
- In die Erhöhung werden einbezogen:
 - Grundbezüge
 - kinderbezogene Anteile des Familienzuschlags (nicht der Familienzuschlag Stufe 1)
 - Anwärter-Grundbezüge
 - Amtszulagen
 - Mehrarbeitsvergütung
- Einmalzahlung für die Besoldungsgruppe A 1 bis A 9 für die Monate September bis Dezember 2000 in Höhe von 400 DM.
- Die jährliche Sonderzuwendung bleibt weiterhin auf dem Niveau von 1993.

Diesen Gesetzentwurf hat die Bundesregierung am 10. November 2000 dem Bundesrat zur Stellungnahme zugeleitet. In seiner Sitzung vom 21. Dezember hat der Bundesrat Korrekturen am Regierungsentwurf vorgenommen.

In die Besoldungsanpassung 2000 soll auch der Verheiratetenanteil des Familienzuschlags einbezogen werden. Nach dem Gesetzentwurf der Bundesregierung sollen beim Familienzuschlag lediglich die kinderbezogenen Anteile, nicht jedoch der Verheiratetenzuschlag in die Bezügerhöhung einbezogen werden. Der Verheiratetenzuschlag sollte nach Auffassung der Bundesregierung deshalb nicht erhöht werden, weil er künftig nach einer gesetzlichen Novellierung in Neufällen nicht mehr gewährt und in Altfällen nicht mehr dynamisiert werden sollte. Für die gegenwärtige Bezügerhöhung ist nach Auffassung des Bundesrates jedoch zu berücksichtigen, dass der Verheiratetenzuschlag derzeit noch Bestandteil der zu dynamisierenden Besoldung ist. Die Herausnahme des Verheiratetenzuschlags von der linearen Anpassung im Vorgriff auf eine gesetzlich noch nicht realisierte Neuregelung des Verheiratetenzuschlages sei nicht gerechtfertigt.

Zudem ist der Personenkreis zu erweitern, der in den Genuss einer Einmalzahlung in Höhe von je 100 Mark für die Monate September bis Dezember 2000 kommen soll. Über die im Regierungsentwurf vorgesehenen Besoldungsgruppen A 1 bis A 9 sollen auch Beamte der

Besoldungsgruppen A 10 und A 11 begünstigt werden.

Nachdem an den Kernpunkten keine Änderung erfolgte, darf bedauerlicherweise angenommen werden, dass sich an der zeitlichen Schiene nichts ändern wird. Obwohl einige Länder eine zeit- und inhaltsgleich Übertragung des Tarifabschlusses auf den Beamtenbereich gefordert haben, hat sich im Bundesrat keine Mehrheit gefunden. Es bleibt somit fraglich, ob der Bundesrat im weiteren Gesetzgebungsverfahren dem diskriminierenden Entwurf eine Absage erteilt. Egal wie auch die Entscheidung des Bundesrates ausfallen mag, es bleibt bei der Fragestellung: „**Welchen Stellenwert hat das Berufsbeamtentum für die Bundesregierung?**“

Neu ab 1. Januar 2001:

Versorgungsabschlag bei Dienstunfähigkeit und Schwerbehinderung

Allgemeines

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 1. Dezember 2000 beschlossen (Drs. 716/00), dem vom Deutschen Bundestag am 16. November 2000 (BT-Drs. 14/4231, 14/4620) verabschiedeten Gesetz zuzustimmen.

Dem Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 9. Oktober 2000 lag das Versorgungsreformgesetz von 1998 zugrunde. Nach dieser Regelung sollte die Versorgungsabschlagsregelung bereits zum 1. Januar 1999 in Kraft treten. Aufgrund der nicht erfolgten Rentenreform wurde auch die Abschlagsregelung für Beamte mit dem Versorgungsreform-Änderungsgesetz auf den 1. Januar 2001 verschoben. Dieses Gesetz hatte jedoch einen Zusatz – wenn

nicht bis zu diesem Zeitpunkt eine sozial verträglichere Regelung durch Gesetz geschaffen wird –, der die Bundesregierung jedoch bis Oktober 2000 nicht zu einer Äußerung veranlasste. Erst eine massive Verbandsarbeit bewegte die Fraktion zum Handeln. Der Fraktionsentwurf wurde in den anschließenden Beratungen modifiziert und sozialverträglicher gestaltet. Die eigentliche Forderung auf einen Verzicht konnte leider nicht durchgesetzt werden. Es ist jedoch bereits jetzt zu erkennen, dass weitere Nachbesserungen folgen werden. Es kann jedoch zum jetzigen Zeitpunkt eine Darstellung der zum 1. Januar 2001 gültigen Regelungen getroffen werden.

Versorgungsabschlag wegen Dienstunfähigkeit

Diese Regelungen gelten nur, wenn es sich nicht um einen Dienstunfall handelt. Das Gesetz erfasst auch nur Versorgungsfälle, die ab dem 1. Januar 2001 eingetreten sind. Für diese Fälle gilt, dass jedes Jahr, das der Beamte vor Erreichen des 63. Lebensjahres in den Ruhestand versetzt wird, ein Versorgungsabschlag in Höhe von 3,6 % je Jahr berücksichtigt wird. Der Höchstsatz beträgt 10,8 %. Die Zurechnungszeit wird wieder auf zwei Drittel angehoben. Für den Eintritt der Dienstunfähigkeit zwischen dem 1. Januar 2001 und dem 31. Dezember 2003 gelten Übergangsregelungen (siehe Tabelle).

Daneben ist festgelegt, dass die Abschlagsregelung nicht für vor dem 1. Januar vorhandene Versorgungsempfänger und deren zukünftige Hinterbliebene gilt. Weiterhin werden die am 1. Januar 2001 vorhandenen Beamten nicht erfasst, die vor dem 1. Januar 1942 geboren sind und zum Zeitpunkte der Dienstunfähigkeit mindestens 40 Jahre ruhegehaltstfähige Dienstzeit zurückgelegt haben. Ausbildungszeiten und Zurechnungszeiten

Zeitpunkt der Versetzung in den Ruhestand	Minderung des Ruhegehaltes für jedes Jahr des vorgezogenen Ruhestandes	Höchstsatz der Gesamtminde- rung des Ruhe- gehalten	Umfang der Berücksichtigung als Zurechnungszeit in Zwölfeln
vor dem 1.1.2002	1,8	3,6	5
vor dem 1.1.2003	2,4	7,2	6
vor dem 1.1. 2004	3,0	10,8	7

zählen dabei nicht. Lehrkräfte werden in dieser Fallgruppe wohl nicht zu finden sein.

Versorgungsabschlag wegen Schwerbehinderung

Auch hier ist es gelungen, einige verbesserte Übergangsregelungen festzulegen. In vollem Umfang trifft es somit Schwerbehinderte, die von der Antragsregelung Gebrauch machen wollen und nicht unter die Übergangsregelung fallen. Für diese Beamte wird ein Versorgungsabschlag in Höhe von 3,6% je Jahr bis zu 10,8% berücksichtigt. Dies bezieht sich auf den Zeitraum vom Antritt des Ruhestandes bis zur Vollendung des 63. Lebensjahres.

Als Übergangsregelung wurde bestimmt:

1. Versorgungsfälle, die vor dem 1. Januar 2001 eingetreten sind, werden nicht erfasst. Dies gilt auch für deren zukünftige Hinterbliebene.
2. Beamte, die vor dem 16. November 1950 geboren sind und am 16. November 2000 schwerbehindert waren, werden von der Neuregelung ausgenommen. Maßgeblich für die Feststellung der Schwerbehinderung ist dabei der Tag der Antragstellung.
3. Weiterhin sind ausgenommen Beamte, die am 1. Januar 2001 60 Jahre und älter sind und nach dem 16. November 2000 schwerbehindert werden.
4. Für Beamte die mit Vollendung des 60. Lebensjahres in den Ruhestand gehen wollen und am 1. Januar 2001 das 60. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und am 16. November 2000 noch nicht schwerbehindert waren, gilt
 - a: wenn sie das 59. Lebensjahr vollendet haben, als Antragsaltersgrenze das 61. Lebensjahr. Es ist somit ein Versorgungsabschlag von einem Jahr zu berücksichtigen.
 - b: wenn sie das 58. Lebensjahr vollendet haben, als Antragsaltersgrenze das 62. Lebensjahr. Es ist somit ein Versorgungsabschlag von zwei Jahren zu berücksichtigen.

Hinzuverdienstgrenze

Der § 53 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BeamtVG, der bisher nur die Hinzuverdienstgrenze für der Fall der Dienstunfähigkeit regelt, wird um den Fall des Antragsruhestandes wegen Schwerbehinderung erweitert. Es gilt somit als Höchstgrenze 75 % der Ruhegehalt-

fähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe aus der sich das Ruhegehalt berechnet. Zu diesem Betrag werden noch 630 DM gerechnet. Bisher galt für Schwerbehinderte generell nur ein anrechnungsfreier Hinzuverdienst von 630 DM.

Familienzuschlag

Erfreulich ist noch zu berichten, dass die Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Familienzuschlag für dritte und weitere Kinder für das Jahr 2001 erfolgt. Somit wird der Familienzuschlag von Anlage V des Bundesbesoldungsgesetzes für das Jahr 2001 für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um je 203,60 DM erhöht. Wermutstropfen dabei ist, dass der Familienzuschlag der Stufe 1 dafür für alle wegfallen soll.

Rechtsprechung zum Beamtenrecht

Fall 1 – Sonderzuwendung

Das OVG NRW hat festgestellt (Beschl. v. 18.1.2000- 6 A 4299/98), dass ein Beamter, der sich in einem ihm bewilligten Erziehungsurlaub befindet, keinen Anspruch auf die jährliche Sonderzuwendung hat, wenn er vor Antritt des Erziehungsurlaubs noch keinen Dienst geleistet hat, sondern diesen erstmals nach Ablauf des Erziehungsurlaubs antritt.

Kurzdarstellung:

Eine Lehrkraft legte am 20.10.1993 die Zweite Staatsprüfung für das Lehramt für die Sekundarstufe II und für das Lehramt für die Sekundarstufe I ab. Sie wurde mit Wirkung v. 8.8.1994 unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe zur Studienrätin z. A. ernannt und einem Gymnasium zur Dienstleistung zugewiesen. Gleichzeitig wurde sie aufgefordert, sich am 8.8.1994, dem ersten Schultag nach dem Ende der Sommerferien 1994, zum Dienstantritt zu melden.

Mit Verfügung v. 21.7.1994 wurde die Lehrkraft auf ihren Antrag mit Wirkung v. 8.8.1994 und bis Ablauf des 23.3.1996 ohne Dienstbezüge „gem. § 2 ErzUV ohne Teilzeitbeschäftigung“ beurlaubt. Sie erhielt für 1994 eine Sonderzuwendung in

Höhe von 2.213,98 DM bezogen auf die Monate August bis einschließlich Dezember 1994. Am 20.2.1996 forderte das Landesamt für Besoldung und Versorgung die 2.213,98 DM zurück, da diese ohne Rechtsgrund gezahlt worden seien, da die Lehrkraft vor dem Antritt ihres Erziehungsurlaubs noch keinen Dienst geleistet habe. Nach erfolglosem Widerspruch hat die Lehrkraft Klage erhoben. Das VG entschied für die Lehrkraft und hat den Bescheid des Landesamtes vom 20.2.1996 und den Widerspruchsbescheid vom 26.11.1996 aufgehoben. Das OVG hat jedoch durch Beschluss entschieden, dass das Urteil zu ändern ist und folgte somit dem Begehren des Landesamtes. Die Lehrkraft hat somit die Bezüge nach § 12 Abs. 2 BBesG zurückzuzahlen.

Fall 2 – Nachversicherung

Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt (Beschl. v. 2.3.2000 -2 BvR 951/98), dass der Dienstherr nicht verpflichtet ist, einem auf eigenen Antrag vorzeitig aus dem Beamtenverhältnis entlassenen Beamten eine zusätzliche, über die Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung hinausgehende Altersversorgung zu gewähren.

Kurzdarstellung:

Ein Beamter, der nach 26 Dienstjahren auf eigenen Antrag vorzeitig aus dem Beamtenverhältnis entlassen wurde, wendet sich gegen die Versagung einer zusätzlichen, über die Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung hinausgehenden Altersversorgung.

Es wird ausgeführt, dass die gesetzliche Versagung einer zusätzlichen Altersversorgung für antragsgemäß vorzeitig aus dem Dienst geschiedene Beamte auf Lebenszeit mit Art. 33 Abs. 5 GG vereinbar ist. Das Beamtenverhältnis ist grundsätzlich auf lebenslange Treue angelegt und verpflichtet den Beamten, seine ganze Persönlichkeit für Dienstherrn einzusetzen und diesem – grundsätzlich auf Lebenszeit – volle Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen. Als Gegenleistung entsteht der Anspruch auf Alimentation. Kündigt der Beamte das öffentlichrechtliche Dienstverhältnis auf Grund eigener Willensentscheidung auf, so entfällt regelmäßig die Notwendigkeit der darauf bezogenen Alimentation und Fürsorge. Es bleibt im Falle des freiwilligen Aus-

scheidens eines Beamten aus dem Dienst bei dem verfassungsrechtlich aus dem Sozialstaatsprinzip hergeleiteten Anspruch auf Gewährung einer Mindest-Altersversorgung durch den bisherigen Dienstherrn gemäß der tatsächlichen Beschäftigungsdauer. Diesen Anspruch hat der Gesetzgeber mit der Anordnung der Nachversicherung für ausgeschiedene Beamte in § 8 SGB VI erfüllt.

Darüber hinaus kann auch keine sachlich ungerechtfertigte Ungleichbehandlung im Sinne von Art. 3 Abs. 1 GG zwischen vorzeitig aus Dienst geschiedenen Beamten einerseits und Angestellten des öffentlichen Dienstes andererseits festgestellt werden. Angestellte des öffentlichen Dienstes erhalten zwar – anders als Beamte – bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem Dienst eine beschäftigungsdauerabhängige Zusatzversorgung. Die ungleiche Behandlung indes ist gerechtfertigt, weil sich das gesetzlich geregelte Beamtenverhältnis von dem durch privat-rechtlichen Vertrag begründete Angestelltenverhältnis grundlegend unterscheidet. Anders als der Beamte kann der Angestellte grundsätzlich jederzeit entlassen werden. Er hat keinen Anspruch auf lebenslange Alimentation.

Fall 3 – Beihilfe

Der VGH BW hat festgestellt (Beschl. v. 14.1.1999- 4 S 1086/96), dass die Festsetzungsstelle die medizinische Notwendigkeit der Aufwendungen für eine ärztliche Behandlung mit einer wissenschaftlich nicht allgemein anerkannten Behandlungsmethode, deren Beihilfefähigkeit nicht allgemein ausgeschlossen ist, nach Einholung eines amtsärztlichen Gutachtens durch eigene Entscheidung verneinen kann.

Kurzdarstellung:

Ein Beamter klagt auf Erstattung der Behandlungskosten seiner an Multipler Sklerose erkrankten Ehefrau. Die Ehefrau wurde mit der „T-Zell-Vakzinierung nach Dr. K.“ behandelt. Die Beihilfestelle lehnte einen Kostenersatz ab, da es sich nicht um ein wissenschaftlich abgesichertes Verfahren zur Behandlung der Multiplen Sklerose handelt. Dies ist zu prüfen. Nach den Beihilfevorschriften sind Aufwendungen beihilfefähig, wenn sie dem Grunde nach notwendig und soweit sie nach Umfang und Höhe angemessen sind.

Über die Notwendigkeit und die Angemessenheit entscheidet die Festsetzungsstelle. Sie kann hierzu Gutachten eines Amts- oder Vertrauensarztes oder Zahnarztes einholen, in Ausnahmefällen auch ohne Einverständnis des Betroffenen. Bezüglich der Höhe der Aufwendungen sind die Rechtsvorschriften des Bundes und der Länder über Preise und Gebühren sowie die Anlage anzuwenden. Da Dr. K. in seiner Rechnung vom 10.1.1995 die Aufwendungen für seine Behandlung der Ehefrau des Klägers „analog GOÄ-Ziff. 6100“ festgesetzt hatte, hat die Festsetzungsstelle mit Recht das amtsärztliche Gutachten des Staatlichen Gesundheitsamts X eingeholt, das zu dem Ergebnis kam, dass es sich bei der „T-Zell-Vakzinierung nach Dr. K.“ nach hier vorliegenden Erkenntnissen um ein wissenschaftlich nicht abgesichertes Verfahren zur Behandlung der Multiplen Sklerose handele, über dessen therapeutische Wirksamkeit auch keine verwertbaren Erkenntnisse vorlägen. Die medizinische Notwendigkeit der geltend gemachten Krankheitskosten müsse daher aus amtsärztlicher Sicht verneint werden. Diese Ansicht teilt auch der Vorsitzende des Ärztlichen Beirats der Deutschen Multiplen Sklerose Gesellschaft. Danach hat die Beihilfestelle die Beihilfefähigkeit der Aufwendungen für die Behandlung mit dieser Methode mit Recht verneint. Somit wird festgestellt, dass die Beihilfestelle nach Einholung eines amtsärztlichen Gutachtens die medizinische Notwendigkeit der Aufwendungen für eine ärztliche Behandlung durch eigene Entscheidung verneinen kann.

Fall 4 – Beurteilung

Das OVG RP hat festgestellt (Beschl. v. 12.9.2000 -10 A 11056/00), dass ein Beamter, der nach einer Beförderung seine Leistungen nicht gesteigert hat, eine im neuen Amt schlechtere Beurteilung erhält als zuvor im niedriger eingestuften Amt.

Kurzdarstellung:

Ein Beamter hat geklagt, dass er gegenüber der letzten Beurteilung keine bessere Beurteilung erhalten hat, obwohl seine Leistung sich erheblich verbessert hat. Die Einwände des Dienstherrn, dass er sich gegenüber der letzten Beurteilung in einer höheren Besoldungsgruppe be-

findet, konnte er nicht akzeptieren. Er meinte, dass die Maßstäbe der nächsthöheren Besoldungsgruppe nicht herangezogen werden könnten, da er sich erst seit kurzer Zeit in der höheren Besoldungsgruppe befinde. Er klagte vor dem Verwaltungsgericht erfolglos und ging deshalb zum Oberverwaltungsgericht. Dieses prüfte den Sachverhalt und konnte sich der Meinung des Antragstellers nicht anschließen. Es stellte vielmehr fest, dass die Anforderungen eines Amtes regelmäßig mit dessen Wertigkeit, die in der besoldungsrechtlichen Einstufung zum Ausdruck komme, stiegen. Es sei deshalb nachvollziehbar, dass der Kläger gerecht beurteilt worden sei, nachdem er in dem aktuellen Leistungsnachweis sogar die gleiche Note erhalten habe wie in der letzten dienstlichen Beurteilung vor seiner Beförderung. Gegen die Richtigkeit dieser Ausführungen des angegriffenen Urteils bestehen keinerlei Zweifel. Sie stehen vielmehr in völligem Einklang mit der hierzu in Literatur und Rechtsprechung, einschließlich derjenigen des beschließenden Senats vertretenen einhelligen Meinung. Danach fällt der Beamte, sobald er befördert worden ist, ohne Rücksicht darauf, wie kurz die danach bis zum Beurteilungsstichtag verbleibende Zeit ist, aus dem Kreis der vor der Beförderung mit ihm zu vergleichenden Beamten heraus und tritt in den Kreis der nunmehr mit ihm zu vergleichenden Beamten des Beförderungsamtes ein. Dementsprechend ist für ihn nicht nur ein höherer Maßstab anzulegen, sondern auch eine andere Vergleichsgruppe in den Blick zu nehmen, die überwiegend aus im Beförderungsamte schon erfahreneren, leistungsstärkeren Beamten bestehen wird. Hat der beförderte Beamte seine eigenen Leistungen nicht weiter gesteigert, so führt dies regelmäßig dazu, dass die Beurteilung im neuen Amt schlechter ausfällt als diejenige im vorangegangenen niedriger eingestuften Amt.

Bücher / Medien

Titel: Werte in der politischen Bildung
Autor/en: Gotthard Breit, Siegfried Schiele (Hrsg.) mit Beiträgen von Gisela Bermann u. a.
Verlag: Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts.
ISBN-Nr.: 3-87920-390-3
Rezensent: Ernst Keitel

Die Vermittlung von Werten in der Schule wurden in den letzten Jahren durch die wirtschaftlich-technische Entwicklung mit den Forderungen nach Leistungsfähigkeit und Qualitätssicherung zunehmend verdrängt. Wertorientierung ist jedoch nach wie vor eine zentrale Aufgabe der öffentlichen Schule. Auch in einer freiheitlichen Demokratie verlangt das friedliche Zusammenleben der Menschen einen Minimalkonsens an Wertvorstellungen und Verhaltensweisen. Wertbezogener Unterricht ist deshalb Aufgabe aller Fächer. Dabei geht es nicht nur um die Vermittlung bestimmter Werte (vgl. die aktuelle politische Auseinandersetzung um die multikulturelle Gesellschaft bzw. die Leitkultur unserer Gesellschaft), sondern auch um die Befähigung, dass der junge Mensch in Stand gesetzt wird, Pluralität zu ertragen. Das nunmehr vorliegende Buch über die Werte in der politischen Bildung, das von der Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg herausgegeben wurde, ist deshalb nicht nur für Sozialkundeführer von großem Interesse, sondern für alle Lehrkräfte.

Namhafte und bekannte Didaktiker geben einen umfassenden und tiefgründigen Überblick über Werte und deren Wandel. In jeweils einem eigenen Kapitel werden der Zusammenhang zwischen Werte, Schule und Bildung sowie über Werte im Politikunterricht ausführlich behandelt. Es wird aufgezeigt, was die politische Bildung zur Vermittlung von Werten beitragen kann. Die Beispiele aus der Praxis sind zwar nicht direkt aus dem beruflichen Schulwesen genommen, geben aber sicher auch der Lehrkraft für den Sozialkundeunterricht an einer beruflichen Schule wertvolle Hinweise. Trotz des stolzen Preises von 48,00 DM (464 Seiten) wird dieses Buch allen Lehrkräften nachdrücklich empfohlen.

Titel: Arzneimittellehre für die Altenpflegeausbildung

Autor: Wollförster
Verlag: Kieser, Neusäß
ISBN-Nr.: 3-8242-6612-1
Rezensenten: Wilhelm Ott,
 Dr. Katharina Brandl

Das vorliegende Buch „Arzneimittellehre für die Altenpflegeausbildung“ von Wollförster gibt einen guten Überblick über die wichtigsten Arzneimittel. Es soll zukünftigen Altenpflegern helfen, die Arzneimittelwirkungen zu verstehen und zwar vor allem die Wirkmechanismen der verschiedenen Pharmaka. Die Kapitel sind nach Substanzgruppen geordnet und erleichtern damit das Verständnis von Wirkungsprinzipien der Medikamente. In knapper Form werden Wirkungsmechanismus, Nebenwirkung, Kontraindikation, Wechselwirkungen und Dosierung aufgeführt. Die Besonderheiten für geriatrische Patienten – gerade im Hinblick auf Anwendung und Nebenwirkungen – werden nicht besonders hervorgehoben. Die Abschnitte „Hormonale Steuerung von Schwangerschaft, Geburt und Milchbildung“ sowie „Hormonale Kontrazeptiva“ hätten eventuell in einem Buch für die Altenpflegeausbildung gekürzt werden können. Soll die Arzneikunde, wie im neuen Lehrplan für die Altenpflege vorgesehen, den einzelnen Abschnitten Anatomie, Physiologie und Krankheitslehre der Organe zugeordnet werden, so wird man die Systematik des Buches verlassen müssen. Besonders nützlich für den Unterricht wird sich der Anhang „Pharmaka und ihre Einsatzgebiete“ erweisen, in dem die Indikationen und der Verweis auf die entsprechenden Seiten im Buch alphabetisch aufgeführt sind.

Der VLB ist online ...

Der VLB ist auch online zu erreichen.

Unsere Homepage finden Sie unter der Adresse

<http://www.vlb-bayern.de>

Nachrichtliches

Kirchen: Bildung darf nicht nur der Wirtschaft dienen

Bildung darf in Deutschland nach Ansicht der evangelischen und der katholischen Kirche nicht nur den Interessen der Wirtschaft dienen. Es wäre verhängnisvoll, wenn im Bildungswesen nur noch Inhalte zugelassen seien, die dem Arbeitsmarkt nützen, sagte der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz, Karl Lehmann, auf dem ersten gemeinsamen Bildungskongress beider Kirchen in Berlin. Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Präses Manfred Kock, betonte, zum Bildungsverständnis gehörten auch Fragen der philosophischen und religiösen Erkenntnisgewinnung. „Ohne kulturelle Durchdringung, ohne glaubende Verantwortung ist die moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft gefährdet.“ Gerade moderne Technologien wie Gentechnik und Internet würden hohe Anforderungen an die Verantwortungsbeurteilung der Menschen stellen. Zudem trägt Bildung laut Kock zur Selbstbehauptung in der modernen Marktwirtschaft bei. Beide Kirchenvertreter betonten, dass es derzeit keine gravierenden Unterschiede zwischen katholischen und evangelischen Christen in der Beurteilung der Bildungssituation gebe. Der Kongress unter dem Motto „Tempi – Bildung im Zeitalter der Beschleunigung“ hatte rund 250 Teilnehmer aus Kirche, Politik und Wissenschaft. *dpa*

Leonardo-Projekte "europäisieren" die Berufsbildung

Europa ist in der Berufsbildung präsent! Das EU-Programm LEONARDO DA VINCI hat wesentlich dazu beigetragen, dass europäisches Denken und Arbeiten für Berufsbildungspraktiker immer selbstverständlicher wird. Für die Akteure aus Politik und Wirtschaft hat es sich zudem als geeignetes Instrument erwiesen, die

Berufsbildung in Deutschland besser fit zu machen für eine europäische Zukunft. Dieses einstimmige Fazit der Leistungen des Leonardo-Programms zogen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung „Möglichkeiten und Grenzen des Ergebnistransfers aus Leonardo-Projekten der ersten Generation (1994-1999)“, die von der Nationalen Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) gemeinsam mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und der Europäischen Kommission durchgeführt wurde. *BIBB*

Generalsekretär des BIBB fordert Einrichtung von Berufsfachgruppen

„Eine bessere Früherkennung des zu erwartenden Qualifikationsbedarfs ist für die Jugendlichen, die auszubildenden wie die nicht auszubildenden Betriebe und für die Existenzsicherung der Beruflichen Bildung lebenswichtig. Als ein für diese Früherkennung geeignetes Instrument hatte die Arbeitsgruppe „Aus- und Weiterbildung“ des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit vor über einem Jahr die Einrichtung von Berufsfachgruppen vorgeschlagen. In dem Beschluss heißt es: ‚Zum regelmäßigen Erfahrungsaustausch über die Entwicklung des Qualifikationsbedarfs richten die Sozialpartner, soweit sie es für zweckdienlich halten, mit Unterstützung des Bundesinstituts für Berufsbildung Berufsfachgruppen mit Praktikern aus den jeweiligen Berufsgruppen ein.‘ Kein einziges dieser Gremien, in denen mit Sachverständigen der Fachverbände der Arbeitgeber und der Gewerkschaften die Arbeit zur Neuordnung von Ausbildungsberufen ebenso wie von Aufstiegsfortbildungs-Regelungen zeitgerechter und passgenauer im Konsens aller Beteiligten vorangetrieben werden kann, sind bisher zustande gekommen. Ich halte es für dringend erforderlich, diese Berufsfachgruppen umgehend zu installieren, damit die Früherkennung von beruflichen Qualifikationen bewertet und die mit Hochdruck laufenden Erneuerungen von staatlich anerkannten Ausbildungsberufen noch effizienter gestaltet werden können.“ Mit dieser Forderung

bekräftigte der Generalsekretär des Bundesinstituts für Berufsbildung, Professor Dr. Helmut Pütz, auch aus der Sicht des Bundesinstituts für Berufsbildung die Notwendigkeit der Einrichtung von Berufsfachgruppen. *BIBB*

CD-Rom "IT-Berufe" hilft bei der Berufsausbildung!

Die IT-Branche sucht dringend nach Fachkräften – und die Jugendlichen ebenso dringend nach einem Ausbildungsplatz in einem der vier neuen IT-Berufe „IT-System-Elektroniker/in“, „Fachinformatiker/in, Fachrichtungen Anwendungsentwicklung und Systemintegration“, „IT-System-Kaufmann/frau“ und „Informationskaufmann/frau“! Dem Mangel kann begegnet werden: Um über die großen Branchenführer hinaus verstärkt kleine und mittelständische Unternehmen im Bereich der Informations- und Telekommunikationstechnik (IT) für die Ausbildung in den IT-Berufen zu gewinnen, hat das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) die CD-ROM „IT-Berufe“ entwickelt, die ausbildungsunerfahrenen Klein- und Mittelbetrieben den Einstieg in die Berufsausbildung erleichtert und ihnen aufzeigt, wie sie die Professionalisierung in ihrer eigenen Branche vorantreiben können.

Die CD-ROM „IT-Berufe“ informiert u.a.

- über alle Wege, Maßnahmen und Möglichkeiten, ein Ausbildungsbetrieb zu werden
- über konkrete Inhalte und Einsatzgebiete der neuen IT-Berufe und
- über alle gesetzlichen Grundlagen der Berufsausbildung einschließlich der jeweiligen Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrpläne.
- Mit Erfahrungsberichten aus Betrieben vermittelt sie anschaulich, unmittelbar und konkret, wie die Ausbildung in den IT-Berufen verläuft und
- sie nennt die wesentlichen Institutionen und Ansprechpartner, die bei weiterem Informationsbedarf per Internet-Link zu Rate gezogen werden können.

Die CD-ROM „IT-Berufe“ ist gegen eine

Schutzgebühr von DM 10,00 zu beziehen bei:

Christiani – Technisches Institut für Aus- und Weiterbildung,
Hermann-Hesse-Weg 2,
78464 Konstanz,
Tel.: 05731/5801-26,
Fax: 07531/5801-85;
Bestellungen per Internet über :
www.christiani.de

BIBB

Wie viel Geld wofür?

Die Kaufkraft der sechs- bis 17-jährigen steigt. Nach der Kids Verbraucheranalyse 2000, für die 2.206 Kinder und Jugendliche sowie deren Eltern befragt wurden, stehen den Youngsters durch Taschengeld, Geldgeschenke und andere Einnahmen 512 Millionen D-Mark im Monat zur Verfügung. Bei 9,84 Millionen Kids ergibt sich im Schnitt ein monatlich verfügbarer Geldbetrag von 52 D-Mark. Dieses Geld geben die Jungen und Mädchen am liebsten für Süßigkeiten und Schokolade aus. Für 42 % stehen diese Leckereien an erster Stelle. Kino, Zeitschriften und Comics folgen mit je 16 %. Disco, Konzerte und Veranstaltungen (11 %) sowie Spiele und Spielzeug (9 %) stehen am unteren Ende der Beliebtheitsskala. Doch die Kids und Jugendlichen geben ihr Geld nicht nur aus, sie legen es auch auf die hohe Kante. Verfügbares Geld und Sparguthaben zusammen ergaben nach der Studie einen Gesamtbetrag von immerhin 19,15 Milliarden D-Mark für das laufende Jahr. *dpa*

www.schulbank.de

Die Schul/Bank hat ihren Internetauftritt neu gestaltet. Wie bisher finden Sie das Angebot unter der Adresse www.schulbank.de jedoch mit einem neuen „Gesicht“ und neuen Funktionalitäten. So können Sie auf eine Linkliste zurückgreifen, wechselnde Leseproben aus unseren Broschüren und der Mappe Wirt-

schaft entnehmen sowie ab der Ausgabe Januar 2001 den Newsletter als pdf-Datei auf Ihren PC herunterladen. Ein interaktiver Persönlichkeitstest aus unserer Broschüre „Start frei“ und ein neues, komfortables Bestellsystem runden das erweiterte Angebot ab.

Derzeit befindet sich die Website noch im Aufbau und muss noch einige Tests durchlaufen. Sie können sich jedoch bereits jetzt durch die Seiten „klicken“ und bis zum Abschluss des Neuaufbaus das derzeitige Angebot nutzen. Wir hoffen, dass Ihnen die Neuerungen gefallen und sind Ihnen für weitere Anregungen wie immer dankbar. *s/b*

Zwei Drittel der Eltern kennen Computerspiele nicht

Zwei Drittel aller Eltern kennen nach einer Studie der Universität Bochum die Computerspiele ihrer Kinder nicht. Dabei sei das Wissen um die Inhalte dieser Spiele und ein gesundes familiäres Umfeld im Kampf gegen die Folgen von Gewalt verherrlichenden Spielen sehr wirksam. Selbst intensiv spielende Computer-Kinder könnten so gegen die Folgen von Gewalt verherrlichenden Spielen unempfindlich gemacht werden, sagte der Bochumer Wirkungsforscher Clemens Trudewind. Auf der Jahrestagung der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften wies er in Nürnberg vor 300 Teilnehmern darauf hin, dass die Einstufung von Spielen als jugendgefährdend nur eine von vielen Schutzmaßnahmen sein könne.

Nach einer von ihm vorgestellten Studie stellten Wissenschaftler bei manchen Computer-Kids eine starke emotionale Abstumpfung fest. Von den 300 Kindern zwischen acht und 14 Jahren hätten diejenigen Befragten eine gefährliche Absenkung der Aggressionsschwelle aufgewiesen, die mehr als zehn Stunden pro Woche spielten und keine feste Bindung zu ihren Eltern hätten, berichtete Trudewind. Dagegen hätten sich ein gesundes familiäres Umfeld und eine Beteiligung der Eltern an den Spielerfahrungen ihrer Kinder als stark aggressionshemmend erwiesen. *dpa*



Entspannung

Die Lage auf dem Lehrstellenmarkt hat sich etwas entspannt. Erstmals seit Mitte der 90er Jahre war im Jahr 2000 die Zahl der angebotenen Lehrstellen wieder höher als die Zahl der Ausbildungsplatzsuchenden. Allerdings ist die Situation in West und Ost sehr unterschiedlich: Im Westen

wurden rund 508 000 Lehrstellen angeboten; 497 000 Schulabgänger suchten einen Ausbildungsplatz. Damit kamen 102 Lehrstellen auf je 100 Bewerber. Anders das Bild im Osten: 140 000 offene Lehrstellen trafen auf 148 000 Ausbildungsplatzsuchende. Mithin standen dort nur 94 Plätze je 100 Bewerber zur Verfügung.

Autorenverzeichnis:

Bäumler Michael, Kleierl Bernhard, Schwab Werner	Am Kohlbuch 24, 92723 Tannesberg, Tel.: (0 96 55) 91 34 31
Benz Toni	Sonnleitenstr. 6b, 83661 Lenggries, Tel.: (0 80 42) 48 62
Eisele Josef	Am Heidebruch 13a, 81375 München, Tel.: (0 89) 70 50 33
Greubel Manfred	VLB-Referent für Dienstrecht Händelstr. 25, 90571 Schwaig, Tel.: (09 11) 50 00 41
Heckner Ingrid	Stellvertr. Landesvorsitzende Bergstr. 9, 84556 Kastl, Tel.: (0 86 71) 1 22 36
Dr. Hermann Klaus	BS, Deininger Weg, 92318 Neumarkt/Opf., Tel.: (0 91 81) 48 03 - 0
Huber Hans	Auf dem Weinberg 15, 93326 Abensberg, Tel.: (0 94 43) 68 06
Hummelsberger, Dr. Siegfried	Franz-Krinninger-Weg 2, 85604 Zorneding, Tel.: (0 81 06) 2 00 70
Liebel Alexander	VLB-Referent für schul- und bildungspolitische Fragen Itzehoher Str. 13, 90425 Nürnberg, Tel.: (09 11) 34 73 33
Schelten Andreas/ Vögele Michael	TU München, Lothstr. 17, 80335 München, Tel.: (0 89) 28 92 42 77
Seitz Robert	BS, Pestalozzistr. 4, 94315 Straubing, Tel.: (0 94 21) 9 46 40

VLB Verlag e.V.,
Dachauer Straße 4,
80335 München
B 05130, PVSt,
Deutsche Post AG,
Entgelt bezahlt

Schulsplitter

Requiescat in pace

Da die Kollegin schon in der zweiten Schulwoche von der Periodizität ihrer Krankheit überwältigt wurde, musste er einspringen. Freilich konnte in seinem Alter von einem Springen kaum mehr die Rede sein, so dass eher von einer Vertretung zu sprechen wäre.

Immerhin notierte Ludwig Zamgratz am Ende der Woche glatte vier Überstunden, zu denen er noch einmal so viele für Vor- und Nachbereitung zu berechnen sich gezwungen sah. Hätte er diesen Aufschlag nicht addiert, so wäre sein Direktor vielleicht auf den niederträchtigen Gedanken gekommen, der Unterricht sei infolge eines routinierten Rückgriffs auf seine historische Stundensammlung nur schlecht vorbereitet gewesen.

In der folgenden Woche fand Ludwig Zamgratz, nachfolgend aus Gründen der Zeitersparnis Luz genannt, in seinem Fach einen Zettel vor, auf dem er erklären sollte, dass sein Unterricht in seiner Klasse wegen einer gewiss nicht sonderlich dringlichen Exkursion, veranstaltet von einem anderen Kollegen, entfallen dürfe. Luz gab sein Einverständnis nicht. Freilich versagte er es nicht im Gedanken an die mit dieser Exkursion verbundene Minderung seines Plusstundenpolsters, sondern aus wohlerwogener Rücksicht auf die Wichtigkeit seines verantwortungsvollen fachlichen Wirkens. Auch das Angebot seines Vorgesetzten, die Minderung der bereits verbuchten Mehrung durch eine entsprechende Mitwirkung an der Gestaltung des Offentürentages zu saldieren, schlug er aus Gewissensgründen aus, hätte er sich doch in diesem Falle zu einer kleinlichen Verrechnung seines hohen Engagements mit einem niedrigeren Zeitschlüssel veranlasst gesehen.

Luz starb vor Gram über diesen Konflikt, und sogleich holte ihn der Teufel wegen einer kleineren, lange zurückliegenden Verfehlung in die Hölle, wo er nun nach heißesten Rechenregeln auf ewig Erbsen zählen muss.

Auf seinem Grabstein ist zu lesen:

*Herr Ludwig Zamgratz litt unsäglich
Und zählte seine Stunden täglich
Der Herr geb Ruhe ihm und Frieden
Et luz in coelo und hinieden!*

Josef Eisele